

Proteste in Belarus

Kirchen zwischen Unterstützung und Schweigen



Aufgrund der manipulierten Präsidentschaftswahlen vom 9. August 2020 begannen in Belarus anhaltende Massenproteste. Die Kirchen, die sich zuvor nur bedingt an öffentlichen Debatten beteiligt hatten, riefen zunächst vage zu Gewaltverzicht auf. Bald begannen jedoch zumindest einzelne Kirchenvertreter vermehrt Position für die friedliche Demokratiebewegung zu beziehen. Dies führte auch zu einem verstärkten staatlichen Druck auf die Glaubensgemeinschaften sowie direkten Drohungen und Sanktionen gegen Kirchen und einzelne Geistliche.

Inhalt

„Im Vergleich zur Zivilgesellschaft sind die Kirchen noch nicht gewachsen“

Regimekritischer Erzbischof abgesetzt

From Mum of Francišak to Holy Father Francesco

Aktivisten fordern Unterstützung von Kirchen

Pavel Sevjarynez und Metropolit Veniamin (Tupeko) von Minsk zur belarussischen weiß-rot-weißen Fahne

Lukaschenka lobt orthodoxe Kirche

Neuer Vorsitzender der Bischofskonferenz gewählt

Kirchen und Protest in Belarus – Aktuelle Umfrageergebnisse

Umfrage: Gläubige in Belarus unterschiedlich zufrieden mit ihren Anführern

Geistlicher unterstützt verhafteten Blogger in seinem Hungerstreik

Erzbischof Kondrusiewicz geht in den Ruhestand

Erzbischof Kondrusiewicz reicht Antrag auf Pensionierung ein

Papst sendet Sonderbeauftragten zu Lukaschenka

Dokument: Offener Brief an die Christen in Belarus

Dokument: Geschwisterliche Gemeinschaft: Eine Vision für ein neues Belarus

Sprecher der orthodoxen Kirche zurückgetreten

Generalstaatsanwaltschaft droht Geistlichen

Aufbruch ins Ungewisse: Die Kirchen und die Proteste in Belarus

Lukaschenka droht den Kirchen

Statement der Gruppe „Christliche Vision“ des Koordinierungsrats für Belarus

Katholischer Erzbischof darf weiterhin nicht einreisen

Position der Kirchen in Belarus vor den Wahlen

Neuer Metropolit von Minsk ernannt

Katholischer Erzbischof an Einreise gehindert

Kirchen rufen zu Ende der Gewalt auf

„Im Vergleich zur Zivilgesellschaft sind die Kirchen noch nicht gewachsen“

12. August 2021. Hintergrund



Vor einem Jahr begannen die Proteste gegen das Lukaschenka-Regime aufgrund der gefälschten Präsidentschaftswahl. Sie waren zu der Zeit in Minsk. Wie haben Sie die damaligen Tage erlebt?

Das war ein einmaliges Ereignis, das einerseits von dem menschlichen Leid und den Tränen sowie andererseits von Hoffnung, Solidarität und Nächstenliebe geprägt war, die man nach der Präsidentschaftswahl erleben konnte. Ich bin sehr froh, dass ich in diesen Tagen in Minsk war. Wir alle waren begeistert von der Wahlkampagne von Svjatlana Tsichanouskaja und ihren Mitstreiterinnen, weil wir in diesem Moment dachten, dass es eine realistische

Möglichkeit zu einer politischen Wende gibt. Damals ließ sich das Ausmaß der Gewalt, das das Regime bereit ist anzuwenden, nicht vorausahnen.

Das Regime geht mit aller Härte gegen oppositionelle Stimmen vor. Setzt es auf eine zunehmende Eskalation?

Dies entspricht der Logik des Regimes. Grundsätzlich hat das Regime keine andere Alternative zum kurzfristigen Machterhalt. Wenn es die Zügel wieder lockerer lässt, werden die Menschen wieder lauter werden. Das Regime ist in eine Zwickmühle geraten: Es wird auf jeden Fall verlieren, oder man kann sagen, es hat schon verloren. Ich hoffe, dass das Regime nur einige Monate und nicht Jahre für sich gewinnen konnte. Momentan gibt es im System keine Menschen, die fähig sind, langfristig zu denken, oder Alexander Lukaschenka überzeugen könnten, an die Konsequenzen des eigenen Handelns zu denken.

Nicht nur im Inland werden regimekritische Stimmen verfolgt, sondern auch im Ausland, wie die Entführung der Ryanair-Maschine mit dem Journalisten Raman Pratasevitsch an Bord und die versuchte Entführung der belarussischen Olympia-Teilnehmerin Krystsina Tsimanouskaja zeigen. Wie erleben Sie die Stimmung bei Belarus*innen im Ausland?

Ich habe nicht den Eindruck, dass es dem Regime gelingt, die Belarus*innen im Ausland einzuschüchtern. Natürlich wird man nach allen diesen Fällen vorsichtiger, und diejenigen, die Verwandte in Belarus haben, wollen z. B. ihre Namen nicht veröffentlicht sehen oder wollen bei ihren Aktivitäten anonym bleiben. Aber sie werden nicht aufhören, sondern eher noch eifriger weiterkämpfen.

Anfang Juni wurde der regimekritische orthodoxe Erzbischof Artemije (Kischtschenka) von Hrodna von der Kirchenleitung abgesetzt. Setzt die Kirchenleitung der Belarussischen Orthodoxen Kirche auf eine Kooperation mit der Staatsmacht?

Das Denkmuster der Kirchenleitung ist ähnlich wie die Logik des Regimes in Belarus. Zentral ist der unbedingte Obrigkeitsgehorsam. Bestes Beispiel dafür sind die Audio-Aufnahmen von dem Gespräch der Olympionikin Krystsina Tsimanouskaja mit ihrem Trainer, in dem dieser ihr sagt: Du musst das Ganze jetzt akzeptieren, du musst mehr Demut haben. Dabei argumentiert er auch mit dem orthodoxen Glauben. Dieser besage, sei nicht so hochmütig und gehorche. Auch die Kirchenleitung wird von diesem Gedanken geleitet, dass man am besten schweigt und gehorcht. In den letzten Monaten hat die orthodoxe Kirche viele Kooperationsabkommen mit verschiedenen Ministerien, darunter mit dem Innenministerium, abgeschlossen. Zudem wurde in den letzten Tagen die Frage diskutiert, ob orthodoxe Priester in den Schulen auf dem Land, wo Lehrer fehlen,

unterrichten könnten. Für die Kirche wäre das attraktiv, da sie so den erstrebten Zugang zur Schule bekommt, den sie seit Jahren anstrebt. So lässt sich die Kirche von dem Regime instrumentalisieren und erhält auch noch Privilegien in einer Situation, in der tausende Menschen leiden.

Der emeritierte katholische Erzbischof von Minsk, Tadeusz Kondrusiewicz, galt zeitweise als Symbolfigur des Protests. Mittlerweile ist es jedoch um die katholische Kirche im Land still geworden, oder täuscht der Eindruck?

Dieser Eindruck stimmt leider. Der einzige katholische Priester Viachaslau Barok, der sich laut gegen das Regime und die Gewalt ausgesprochen hat, musste nach Polen fliehen. Allerdings ist es besser, dass er ausgereist ist und von dort seine Botschaft weiter verkündet, als dass er im Gefängnis landet oder einfach wie andere katholische oder orthodoxe Priester im Land schweigt. Ich fürchte, dass die kirchlichen Funktionäre zu den letzten gehören, die sich lauthals gegen das Regime stellen. Das ist der große Unterschied zu vielen Sportler*innen, die für ihre Positionierung verhaftet und vom Regime sanktioniert wurden.

Wie nehmen die Gläubigen die Positionierung der Kirchenleitungen wahr?

Es gibt eine Diskrepanz zwischen der Kirchenleitung und den aktiven gebildeten Gläubigen, die mit der Politik der Kirchenleitung nicht einverstanden sind. Im Vergleich zur Zivilgesellschaft sind die Kirchenleitungen noch nicht gewachsen, sie sind immer noch im letzten Jahrhundert stehen geblieben. Die Zivilgesellschaft – die zivilgesellschaftlich aktiven Menschen und aktiven Gläubigen – sind schon viel weiter und bereit, sich für Menschenwürde und Menschenrechte einzusetzen.

Was gibt Ihnen trotz aller gegenwärtigen Repressionen Hoffnung, dass das Regime irgendwann zusammenbricht?

Hoffnung gibt mir einerseits das unerschrockene Wort und Handeln von Svjatlana Tsichanouskaja und unseren demokratischen Kräften. Es ist eindrücklich, mit welcher Beharrlichkeit und Hartnäckigkeit sie sich für ihre Prinzipien einsetzen. Svjatlana Tsichanouskaja ist für alle Belarus*innen ein Vorbild und ein Leuchtturm, der den Kurs anzeigt. Andererseits gibt mir die Unfähigkeit des Regimes Hoffnung. Es ist sehr wichtig, jetzt Druck auf das Regime auszubauen. Die Sanktionen der EU mögen kurzfristig nicht so effektiv sein, aber sie provozieren Gegenreaktionen und dabei macht das Regime Fehler, wie die Zuspitzung der Migrationskrise an der belarusisch-litauischen Grenze zeigt. Nachdem die EU neun Monate nicht zu richtigen Sanktionen bereit war, muss sie jetzt die Skrupellosigkeit des Regimes wie die Belarus*innen an der eigenen Haut erleben und entschlossen dagegen vorgehen. Rücksicht und Angst vor skrupellosen Diktatoren und Autokraten bringen nichts, diese führen zu keiner Lösung des Problems, sondern lediglich zu dessen Eskalation. Neben der realen Unterstützung ist auch die symbolische Unterstützung wichtig, beides führt zu einer wachsenden Nervosität des Regimes und macht es für andere Akteure, die das Regime unterstützen, zunehmend toxisch.

Alena Alshanskaya, Dr., Postdoc-Forscherin am Arbeitsbereich Osteuropäische Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Bild: Protestaktion gegen Lukaschenka am 16. August 2020 in Minsk. (© Homoatrox, [CC BY-SA 3.0](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/))

Regimekritischer Erzbischof abgesetzt

17. Juni 2021.

Die Belarusische Orthodoxe Kirche (BOK) hat den regimekritischen Erzbischof Artemije (Kischtschenka) von Hrodna abgesetzt. Der Hl. Synod entschied an seiner Sitzung vom 8. Juni, die [Versetzung in den Ruhestand von Erzbischof Artemij](#) aus „gesundheitlichen Gründen“ beim Hl. Synod der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK), der die BOK untersteht, zu beantragen. Bereits am folgenden Tag kam der Hl. Synod der ROK diesem Antrag nach einer Online-Sitzung nach. Zu Artemijs Nachfolger erklärte er Bischof Antonij (Doronin) von Slutsk und Soligorsk.

Vor Artemijs Versetzung in den Ruhestand waren auf dem [Gelände eines Frauenklosters der Eparchie](#) Unterschriften für seine Amtsenthebung gesammelt worden. Dessen Vorsteherin Igumenja Gavriila (Gluhova) ist für ihre regimetreue Haltung bekannt. So hatte sie an einem von Alexander Lukaschenka organisierten Frauenforum die Proteste gegen die gefälschten Präsidentschaftswahlen vom Sommer 2020 scharf kritisiert. Artemij hatte dagegen wiederholt das gewaltsame Vorgehen der Behörden kritisiert. In einem Gottesdienst am 16. August 2020 sagte er beispielsweise, [die Behörden sollten „knien für alle Fälschungen](#), für diese Lüge“. Er bezeichnete die Ereignisse als „Gesetzlosigkeit“ und prangerte die Gewalt gegen die Demonstrierenden an. Er rief die Verantwortlichen auf, aufzuhören: „Ihr handelt nicht nach dem Evangelium! Ihr habt die Hand gegen Christus erhoben! Und euch wird nicht verziehen werden! Und eure Sache wird nicht standhalten!“

Die Absetzung Artemijs löste in Belarus ein breites Echo aus. So veröffentlichte die [Arbeitsgruppe Christliche Vision](#) des Koordinierungsrats eine Erklärung, in der sie die Entscheidung als „erzwungene Absetzung“ aus einem „bewusst falschen Anlass“ bezeichnete, wobei sie auf das Fehlen eines Rücktrittsgesuchs des Erzbischofs verwies. Der wahre Grund sei seine „kühne moralische öffentliche Position“. Zudem verwies die Arbeitsgruppe auf Artemijs Verdienste als „angesehenem Bischof“ der BOK unter anderem dank seiner Aktivitäten in der Jugendarbeit und als Dozent. Mitte August hätten 300 Personen – Priester, Theolog*innen, Intellektuelle, aktive Laien, Mitarbeitende der Strukturen der BOK – einen Brief an Artemij geschrieben, um ihre Dankbarkeit für seine „Position und seinen Mut“ auszudrücken. Der erzwungene Ruhestand „untergräbt die Autorität der Hierarchie im Kirchenvolk, bei den Laien und Geistlichen, und schadet dem Image der orthodoxen Kirche in der belarusischen Gesellschaft“. Die Arbeitsgruppe lehnt die „politisch motivierte“ Absetzung und die „kanonische Willkür entschieden ab“ und verurteilt scharf die Handlungen der Hl. Synoden der BOK und der ROK. Abschließend rief sie die Beteiligten auf, alle „Maßnahmen zu ergreifen, um die Gerechtigkeit wiederherzustellen“.

Der russische orthodoxe Geistliche und Blogger [Andrej Kurajev bedauerte, dass mit Erzbischof Artemij das „Gewissen der belarusischen Kirche“ entfernt](#) worden sei. Der Co-Vorsitzende der Belarusischen Christdemokraten, Vitalij Rymashevskij, bemerkte, man könne noch lange davon sprechen, dass die Kirche von der Politik getrennt sei. Aber wenn Geistliche die Repressionen des Staates unterstützten, werde unweigerlich der Geist des Antichristen in die Kirche getragen. Auf dem *Belarus Security Blog* hieß es, die Absetzung Artemijs sei „völlig erwartet“ erfolgt, denn die Kirche sei aktuell „ein zweitrangiges Staatskomitee für die Produktion von Wundern und Verteilung von Gnade“. Artemij wurde gute Gesundheit und Optimismus gewünscht, denn Belarus brauche Anführer wie ihn, jemand werde die Kirche wieder aufbauen müssen. Die Moderatorin der Gruppe Christliche Vision, Natallia Vasilevich, betonte, Artemij verliere mit seinem Ruhestand nichts, sondern „gewinne als spirituelle Symbolfigur“.

Im Gegensatz zu Artemij hat sein [Nachfolger Antonij nach den Präsidentschaftswahlen](#) lediglich dazu aufgerufen, Frieden und Gerechtigkeit zu wahren. Zudem erklärte er den

Geistlichen in seiner Eparchie, ihr Amt erlaube ihnen nicht, sich bei „politischen Parteien, Bewegungen und Aktionen“ zu beteiligen. Ohne besonderen Segen ihres Bischofs hätten Geistliche „kein Recht, als Vertreter der Kirche an politischen Treffen und Manifestationen teilzunehmen“. Nur der Hl. Synod sei bevollmächtigt, die politische Lage im Land zu kommentieren. In der Eparchie Slutsk, die der aus einer russischen Familie stammende Antonij bisher geleitet hatte, wurden keine Gottesdienste auf Belarusisch durchgeführt. Artemij hingegen hatte den Gebrauch der belarusischen Sprache in seiner Eparchie aktiv gefördert.

Erzbischof [Artemij erklärte seine Absetzung gegenüber der belarusischen Ausgabe von Radio Liberty mit einer „allgemeinen Säuberung“](#) im Land, im Zuge derer auch die Kirche auf ihren Platz verwiesen werde. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wies er zurück. So habe er keinesfalls über eine Abspaltung gesprochen, sondern im Gegenteil die Gläubigen zu Solidarität und Einheit aufgerufen. Zudem verteidigte er seine Besuche bei Gefangenen und Aufrufe zum Schutz des Landes. Er erklärte, keinen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen gestellt zu haben. Zwar habe er altersbedingte Probleme – Artemij ist 69 Jahre alte –, die Situation sei aber „nicht kritisch“. Sein Gesundheitszustand hindere ihn in keiner Weise daran, seinen Dienst auszuüben, daher habe er dem Hl. Synod auch direkt gesagt, dass dieser „unehrlich“ handle. Sich um sein Volk zu sorgen, sei „gesetzmäßig“. Er „beurteile nicht die Regierung oder politische Struktur, wir sprechen darüber, dass wir eine Verletzung aller Normen des menschlichen Seins sehen“. Das sei unzulässig und „wir rufen dazu auf, der Grausamkeit gegenüber unserem Volk ein Ende zu setzen und die völlig unschuldigen Gefangenen zu befreien“. Eigentlich müsste die Eparchie ihn materiell unterstützen, doch er sei angewiesen worden, seinen Wohnort zu verlassen. Er müsse nun nach Minsk ziehen und dort allein leben. Sie „wollen mich in die Enge treiben“, aber er werde überleben, er erhalte eine staatliche Rente und wenn nötig werde er als Wachmann in einer Gemeinde arbeiten. (NÖK)

From Mum of Francišak to Holy Father Francesco

17. Juni 2021. Hintergrund



[Publiziert auf belarus2020.churchby.info](#)
14 June 2021

Your Holiness, much-esteemed Pope Francis, I would not dare writing to you if not for the extreme circumstances my dear Belarus and my family have found themselves in. I am turning to you to tell the story of a little boy, Francišak, and his dad.

We live in the Belarusian capital, Minsk. When my husband and I learned that we were expecting a child, the country was celebrating the 500th anniversary of the first Belarusian Bible published by Francis Skaryna. We decided to name our boy in his honour and in your honor – Francišak. He is now three years old. He has been growing up without his dad for more than a year.

This is how long his dad, Paval Sieviaryniec, has been imprisoned for. Paval is a sincere believer, a Christian, a writer. He is among those who revived the legendary party of 1920-30s, the Belarusian Christian Democracy. All his work, writings and family life are underpinned with Christian values. His biggest dream is Belarus believing in God. He has committed to this dream without sparing himself.

Since 1994, during the long dictatorship years in Belarus, Paval has spent nearly eight years in jails and in places of penal work following false accusations and unjust sentences. Last year, he was kept in solitary confinement – a small room without windows and personal belongings – for 70 days as an arbitrary punishment. Even the Bible was taken away from him! He did not have a blanket or mattress to sleep in. He used a bottle of water instead of a pillow. For the whole summer, he was deprived of walks and a shower. He could only walk and pray in this inhumane solitary confinement.

At the latest unjust trial, Paval chose to remain silent. He explained his decision by the example of Christ who silently faced unjust accusations. The secret court ignored that Paval's actions were absolutely peaceful and in accordance with the rights provided by the Belarusian Constitution. It sentenced him to seven years of strict regime jail.

There are hundreds of people and stories like mine in Belarus today. Dads, mums with many children, sick people and even children remain in prisons. Their only crime was the desire to live in a free country. They are desperately craving for truth and justice. Each of them carries a cross for Belarus.

Paval is convinced that in today's Belarus everything depends on the Church – whether it will raise its voice for the truth or will continue living in lies and fear, and turning a blind eye to the suffering of people.

Our long-awaited son, Francišak, is growing up without a father. This year, he has learned to speak and can pray Our Father. He also sings, his favorite song is I Am Not Afraid, My God Is with Me. From prison, Paval sends drawings and letters to Francišak. He asks him to listen to his mum and pray to God.

Only recently, after a year of Paval's arrest, Francišak and I were allowed to visit him in a jail. We talked to Paval through the glass. We laughed and prayed together. Francišak begged his dad to go out with him to play, but Paval was not permitted to do it, although he was guilty of nothing.

Paul is a wonderful father and a beloved husband. I tell my son that his dad is a hero. Francišak and I love Paval and miss him. I am very afraid that he may never not return to us from the Belarusian jail.

We ask you to remember and pray for our family: for Paval and little Francišak, as well as for all the imprisoned and tortured Belarusians.

We ask you to pray for our country, Belarus. Many of us dream of living in a society rooted into Christian values and truth. They have done a lot to make it happen one day.

Remember us in prayer.
Long live Belarus! Long live with God!

Quelle: belarus2020.churchby.info

Aktivisten fordern Unterstützung von Kirchen

03. Juni 2021.

Die Gruppe Christliche Vision des Koordinierungsrats hat die Kirchen aufgerufen, sich gegen die Ereignisse in den Gefängnissen in Belarus auszusprechen. Auslöser für das

Statement war der Tod des Aktivisten Vitold Aschurak am 21. Mai 2021 in der Strafkolonie in Schklou, wo er eine fünfjährige Haftstrafe aufgrund seiner politischen Handlungen verbüßte.

Aschurak sei ein aktiver katholischer Gläubiger und „gegenüber der Gesetzlosigkeit und Gewalt“ in Belarus nicht gleichgültig gewesen, [heißt es in dem Statement](#). Seit den manipulierten Präsidentschaftswahlen im August 2020 habe er „aktiv an politischen Protesten und religiösen Aktivitäten“ teilgenommen, so habe er mit anderen Gläubigen öffentlich den Rosenkranz gebetet. Am 18. September 2020 war er [wegen der Teilnahme an acht Kundgebungen](#) zu 30 Tagen administrativer Haft verurteilt worden. Danach wurde er allerdings nicht freigelassen, sondern erneut angeklagt. Am 18. Januar 2021 wurde er der „Teilnahme an Gruppenhandlungen, die die öffentliche Ordnung schwer verletzen“ (Art. 342 des Strafgesetzes) und der „Gewalt gegen einen Polizeibeamten“ (Art. 364) schuldig gesprochen. Das Verfahren fand wegen einer angeblichen „Bedrohung der staatlichen Sicherheit“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Mehrere belarussische Menschenrechtsorganisationen anerkannten Aschurak daraufhin als „politischen Gefangenen“ an.

Diese geheimen Verfahren gegen politische Gefangene, mit denen den Angeklagten das Recht auf ein faires Verfahren genommen werde, würden zur „Atmosphäre von Angst und Leiden sowie dem Tod unschuldiger Menschen“ führen, erklärte die Gruppe Christliche Vision. Weitere Ursachen seien unverhältnismäßig harte Strafen für die Äußerung der eigenen Meinung und Teilnahme an friedlichen Demonstrationen, unwürdige Haftbedingungen für politische Gefangene, der Einsatz von Gewalt und Folter, Hürden beim Zugang zu medizinischer Versorgung und Einschränkungen grundlegender Menschenrechte.

Die Gruppe Christliche Vision ruft die weltweite christliche Gemeinschaft auf, sich mit den Gläubigen in Belarus, die an friedlichen Aktionen teilnehmen, zu solidarisieren. Die Führung der katholischen Kirche fordern sie auf, „jede mögliche diplomatische Bemühung“ zu unternehmen, um für gläubige Gefangene Treffen mit Geistlichen und Zugang zu religiösen Schriften sowie die frühestmögliche Freilassung Unschuldiger sicherzustellen. Alle Kirchen sollten „ihre Stimmen gegen das Böse, die Ungerechtigkeit, Grausamkeit und Gesetzlosigkeit in den Gefängnissen von Belarus und im ganzen Land erheben“.

Die Nachricht von Aschuraks Tod fiel mit der erzwungenen Landung eines Ryanair-Flugs in Minsk zusammen, an dessen Bord der Journalist Raman Pratasevitsch verhaftet wurde, was international scharf verurteilt wurde. Juryj Sanko, der Sprecher der Bischofskonferenz der katholischen Kirche in Belarus, erklärte jedoch, die [Kirche werde den Tod Aschuraks und die Verhaftung Pratasevitschs nicht kommentieren](#). Es sei „eine rein politische Angelegenheit“, und die Kirche sehe keine Notwendigkeit, darüber zu sprechen. Ohne Einigung zwischen der Kirche und der Polizei könne zudem der Zugang zu Gefangenen nicht hergestellt werden.

Ein Priester, der im November wegen einer illegalen Veranstaltung inhaftiert wurde, fragte auf Facebook, warum die Kirche still bleibe und „warum politische Gefangene lauter predigen als unsere eigenen Geistlichen?“. Vielleicht sei es Zeit für die katholische Kirche, den Vatikan und den Papst zu fragen, wie sie heute predigen solle, um „diesen Krieg und diese sinnlosen Tode“ zu beenden. Auf Facebook berichtete Weihbischof Juryj Kasabutski, dass am 19. Mai kirchliche Gebäude bei der Kathedrale von Minsk angegriffen und beschädigt worden seien. Der Zwischenfall ereignete sich einen Tag, nachdem er öffentlich *Tut.by* verteidigt hatte, ein unabhängiges Newsportal, das von der Regierung geschlossen wurde. Er sei gerührt von der Unterstützung von Menschen unterschiedlicher Glauben, Nationalitäten und Standpunkte, denn die Stärke liege in der Einheit. Die Polizei habe bisher keine Untersuchung des Angriffs eingeleitet, obwohl das Gelände videoüberwacht sei. (NÖK)

Pavel Sevjarynez und Metropolit Veniamin (Tupeko) von Minsk zur belarusischen weiß-rot-weißen Fahne

20. Mai 2021. Hintergrund



Der belarusische Oppositionspolitiker Pavel Sevjarynez, der seit dem 7. Juni 2021 inhaftiert ist und von Amnesty International als politischer Gefangener eingestuft wird, hat sich im Frühjahr 2021 mit zwei Schreiben an das Oberhaupt der Belarusischen Orthodoxen Kirche, Metropolit Veniamin (Tupeko) von Minsk, gewandt. Auslöser war, dass die Staatsanwaltschaft der Republik Belarus im Januar 2021 den Gesetzentwurf „Über die Änderungen der Gesetze zur Bekämpfung des Extremismus“ ausgearbeitet hat. Dieser sieht vor, die belarusische weiß-rot-weiße Flagge und andere Symbole als extremistisch einzustufen. Im Folgenden dokumentiert NÖK den Briefwechsel zwischen

Sevjarynez und Metropolit Veniamin, der nicht nur den Konflikt um die weiß-rote-Flagge thematisiert, sondern auch grundlegende Fragen des Verhältnisses von Kirche und Politik anspricht.

Zum Hintergrund des Flaggenstreits: Die weiß-rot-weiße Flagge ist seit Beginn der Demonstrationen im August 2020 für weite Teile der Bevölkerung in Belarus zu einem Symbol des Protestes gegen den Machthaber Alexander Lukaschenka geworden. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Flagge vor allem von Oppositionellen benutzt worden. Die weiß-rot-weiße Flagge war bereits kurzzeitig die Staatsflagge der Belarussischen Volksrepublik 1918–1919 und der unabhängigen Belarussischen Republik nach dem Zerfall der Sowjetunion, bis Lukaschenka sie 1995 in einem Referendum durch die aktuelle rot-grüne Staatsflagge ersetzen ließ.

Seit Beginn der Proteste führt das Lukaschenka-Regime einen Kampf gegen die weiß-rot-weiße Flagge, wobei nicht nur das Zeigen der Flagge, sondern auch das Zurschaustellen der Farbkombination von rot und weiß als Ordnungswidrigkeit bzw. Straftat betrachtet wird. Die Staatspropaganda verunglimpft die Flagge als „faschistisch“, weil sie ebenso wie z. B. die nationalen Flaggen von Russland und der Ukraine im Zweiten Weltkrieg von antisowjetischen Befreiungskämpfern unter deutscher Besetzung verwendet wurde.

Brief von Pavel Sevjarynez an Metropolit Veniamin (Tupeko) von Minsk vom 3. März 2020

Eure Exzellenz!

Als orthodoxer Christ, Gemeindemitglied der St. Peter und Paul Kathedrale in Minsk, Mitglied des Verbands der belarusischen Schriftsteller und des Rats der Vereinigung der Belarusen der Welt „Vaterland“, schreibe ich Ihnen anlässlich der Auseinandersetzung rund um die weiß-rot-weiße Symbolik.

Wir Orthodoxen sind uns wohl bewusst, dass die weiß-rot-weiße Flagge das Bild des weißen Leinentuchs ist, in das der blutige Körper unseres Herrn und Erlösers Jesus Christi bei der Bestattung nach der Kreuzigung eingewickelt wurde. Nach der Auferstehung Christi wurde den Menschen das weiße Tuch mit Seinem Blut als Zeichen des Sieges Gottes über das Böse und den Tod hinterlassen. Daher wird Jesus auf zahlreichen kanonischen orthodoxen Ikonen der Auferstehung mit einem weißen Banner

mit rotem Kreuz oder Streifen dargestellt und die festliche Kleidung der orthodoxen Bischöfe ist mit weiß-rot-weißen Bändern, sog. „Quellen“, verziert. Darüber hinaus ist das Logo der Website der Russischen Orthodoxen Kirche mit zwei weiß-rot-weißen Flaggen verziert.

Im Laufe der jahrtausendelangen belarusischen Geschichte, von der Taufe bis zur Gegenwart, ist die weiß-rot-weiße Flagge der Auferstehung zu einem wahrhaft nationalen Symbol geworden. Sie ist auf vielen Ikonen, Gemälden und Wimpeln zu finden. 1918 wurde in der Republik Belarus die weiß-rot-weiße Flagge als staatliche Flagge anerkannt. Im Jahr 1995, als sich der Oberste Rat mit der Frage der belarusischen Symbole auseinandersetzte, fragte der belarusische Volkdichter Nil Gilevich Metropolit Filaret, Exarch von ganz Belarus, nach seinem Verhältnis zur weiß-rot-weißen Flagge. Metropolit Filaret von Minsk und Slutsk antwortete: Wie kann ich das Symbol des Blutes Christi, das auf dem weißen Lechentuch vergossen wurde, einschätzen? Nur positiv!

Eure Exzellenz, Ich bitte Sie, Ihre Stimme als Oberhaupt der Belarusischen Orthodoxen Kirche zur Verteidigung der weiß-rot-weißen Flagge Christi zu erheben. Es darf nicht zugelassen werden, dass das weiß-rot-weiße Symbol der Auferstehung als extremistisch eingestuft wird. Ihr Wort kann ein wichtiger Schritt sein, um die Gesetzlosigkeit in Belarus zu stoppen und die Wahrheit und Gerechtigkeit Christi wiederherzustellen.

Mit Respekt und Wünschen von Gottes Segen, 3. März 2021

Pavel Sevjarynez

Antwortschreiben von Metropolit Veniamin an Pavel Sevjarynez vom 30. März 2021

Friede sei mit Ihnen, Pavel Kanstantsinavich!

Sie rufen auf, nicht zuzulassen, dass die weiß-rot-weiße Flagge als extremistisch eingestuft wird. Sie nennen sie die „weiß-rot-weiße Flagge Christi“. Beachten Sie, dass Flagge, Wappen und Hymne Symbole eines bestimmten Staates sind. Und die Republik Belarus hat solche Staatssymbole. Die Symbole Christi sind jedoch sein Kreuz und seine Ikone.

In der Tat haben orthodoxe Bischöfe weiß-rot-weiße Streifen auf ihren Bischofsmänteln, die sog. „Ströme“, die als Erinnerung an das hochwürdigste Blut des Erlösers auf dem weißen Lechentuch dienen. Diese Farbkombination des Stoffes wurde jedoch, außer im oben genannten Fall, nicht für religiöse, sondern für politische Zwecke verwendet.

Ich kann Ihnen nicht zustimmen, dass die weiß-rot-weiße Flagge die „Flagge Christi“ ist. Christus, der Sohn Gottes und der Menschensohn, steht außerhalb der Politik. Er kam, um alle zu retten. Er hatte keine eigene Flagge, genauso wie er „keinen Ort hatte, wo er sein Haupt hinlegen konnte“ (Lk 9,58). Damit die weiß-rot-weiße Flagge nicht als extremistisch eingestuft wird, würde genügen, sie nicht zur Äußerung von politischen Ansichten zu verwenden.

Die anderen Fragen, die Sie stellen, wurden in meinen offiziellen Reden und Interviews mehrmals beantwortet. Ich wünsche Ihnen und Ihren Nächsten, dass Sie die Fastenzeit zum Wohle der Seele verbringen! Bewahren Sie Frieden, Güte und Vernunft in Ihrer Seele.

Unterschrift, durch die Gnade Gottes Metropolit Veniamin

Antwortschreiben von Pavel Sevjarynez an Metropolit Veniamin

Friede sei mit Ihnen, Eure Exzellenz!

Zunächst einmal vielen Dank, dass Sie sich die Zeit und Gelegenheit genommen haben, auf meinen Brief zu antworten. Viele sagten: „Es wird keine Antwort geben.“ Ihr Schreiben beweist, dass auch Sie über das Schicksal von Belarus nachdenken. Besonders jetzt, während der Fastenzeit, wenn wir unsere Herzen prüfen müssen, sie für die reinigende Wirkung des Heiligen Geistes öffnen, unsere Wege begradigen und nach der Wahrheit und Heiligkeit Gottes streben. Angesichts der Wahrheit Gottes kann ich jedoch einigen der von Ihnen geäußerten Gedanken nicht zustimmen. Sie schreiben: „In der Tat haben orthodoxe Bischöfe weiß-rot-weiße Streifen auf ihren Bischofsmänteln, die sog. „Ströme“, die als Erinnerung an das höchwürdigste Blut des Erlösers auf dem weißen Leinentuch dienen. Diese Farbkombination des Stoffes wurde jedoch, außer im oben genannten Fall, nicht für religiöse, sondern für politische Zwecke verwendet.“

Sie erkennen also immerhin, dass die Kombination von Weiß, Rot und Weiß ein Symbol für das reine Blut des Erlösers Jesus auf dem weißen Leinentuch ist. Gut. Wissenschaftler (z. B. die Historiker und Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften von Belarus, Andrej Unutschak und Juryj Batschyschtscha) bestätigen, dass gerade dieses Symbol im Lauf der 1000 Jahre belarusischer Geschichte zu unserer Nationalflagge geworden ist (1918 und 1991–1995 war sie als staatliche Flagge anerkannt) und, dass sie gerade die Auferstehung Christi symbolisiert. Vor 103 Jahren unterstützte und segnete der Heilige Patriarch Tichon die belarusische Volksrepublik unter der weiß-rot-weißen Flagge, und 1995 erkannte Metropolit Filaret von Minsk und Slutsk die Staatsflagge als Symbol des Blutes Christi auf dem weißen Leinentuch an.

Also, worin besteht das Problem, Ihre Exzellenz? Darin, dass jemand die weiß-rot-weiße Flagge für politische Zwecke benutzt? Und wenn heute jemand für politische Zwecke den Bischofsmantel benutzen würde? Würden wir ihn auch verbieten? Oder würden wir Christus selbst verbieten, wie es die Kommunisten in der Sowjetunion versucht haben?

Nachdem das belarussische Volk, empört über Gesetzlosigkeit und Verbrechen, die Flagge Christi als Symbol für Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit genommen hat, sie als Schrei zum Himmel erhoben hat, als Hoffnung, als Gebet letztendlich! – Verbieten? ... Dann werden die Steine schreien, Eure Exzellenz!

Sie schreiben von Politik. Unser Herr und Erlöser Jesus Christus wurde infolge einer erfundenen politischen Anschuldigung gekreuzigt (er habe sich selbst König der Juden genannt und sei somit Gegner des Kaisers– Joh, 19,12.15). Im letzten Jahrhundert haben die Kommunisten in Belarus Hunderte orthodoxer Geistlicher, einschließlich Bischöfe, verurteilt und erschossen. Wofür? Für „politische Aktivität“, „antisowjetische Agitation“ und „Konterrevolution“. Nicht für „Religion“, sondern für „Politik“. Wie Sie wissen, wurden bereits Dutzende von ihnen von der Belarussischen Orthodoxen Kirche heiliggesprochen. Sie wurden vernichtet, damit sie sich nicht in die „Politik“ einmischten, damit sie nicht Christus nachfolgend das Böse aufdecken.

Und wer treibt heute die Gesetzlosigkeit in Belarus an? Wer errichtet Denkmäler für Stalin, zerstört Kreuze in Kurapaty und das Leben Tausender Belarusen? Diejenigen, die die sowjetische Periode des Atheismus gutheißen. Sind Sie wirklich mit ihnen?

Es geht nicht nur um die Symbole, wie Sie es verstehen, Eure Exzellenz. Wir sprechen über die große Verantwortung der Kirche – und von Ihnen persönlich als ihr Oberhaupt – für das, was in Belarus geschieht. Im Himmel wird der Herr niemand anderes als uns Christen zur Verantwortung für dieses Land ziehen. Mit wem warst du damals, fragt der

Herr jeden von uns. Mit Christus? Mit seinem Volk? Oder mit denen, die Gesetzlosigkeiten begangen haben? Mit dem Herrscher dieser Welt? Fürchtet Gott – und sonst niemanden!

Ich wünsche, dass Sie in den verbleibenden Tagen der Fastenzeit, in den Tagen des Erlöserleidens, Ihr Herz nicht für Angst, sondern für Gott öffnen. Der gekreuzigte Erlöser der Welt ist auferstanden und hinterließ den Menschen ein weißes Leichentuch mit der Spur seines reinen Blutes als Zeichen des Sieges über das Böse, die Angst und den Tod. Möge Gott in Ihrem Herzen auferstehen und auch in den Herzen derer, die nicht Licht, sondern Dunkelheit geliebt haben.

Christus ist auferstanden und Belarus wird auferstehen!

Übersetzung aus dem Belarusischen: Alena Alshanskaya.

Quellen:

<https://belarus2020.churchby.info/pavel-sevyarynecz-prapanue-mitrapalitu-veniyaminu-vystupicz-u-abaronu-bela-chyrvona-belaga-sczyaga/>

<https://belarus2020.churchby.info/mitrapalit-veniyamin-adkazvae-pa%D1%9Flu-sevyaryncu-nakont-bela-chyrvona-belaga-scyaga/>, 22. April 2021

<https://www.facebook.com/vola.sieviaryniec>, 2. Mai 2021

Bild: Die weiß-rot-weiße Flagge an einer Demonstration in Minsk am 20. September 2020. (© Homoatrox, [CC BY-SA 3.0](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/))

Lukaschenka lobt orthodoxe Kirche

06. Mai 2021.

Der belarusische Machthaber Alexander Lukaschenka hat die Belarusische Orthodoxe Kirche (BOK) zu Ostern gelobt und sich für ihren Mut und ihre Standhaftigkeit, insbesondere Ende des letzten Jahres, bedankt. Die BOK „hat sich insgesamt [würdig verhalten und eine solide Position eingenommen](#)“, sagte er. Das Volk „hat das geschätzt und schätzt es auch weiterhin“. Die BOK habe wirklich gezeigt, dass sie an der Seite des Volks stehe, erklärte Lukaschenka weiter.

Lukaschenka besuchte an Ostern die Kathedrale der Hl. Kirill und Lavrenij in Turau und [schenkte ihr ein nachgebildetes Altarkreuz](#), das bei einem Erdbeben, das die ursprüngliche Kathedrale im 13. Jahrhundert zerstört hatte, verloren gegangen war. Den Auftrag, das Altarkreuz nachzubilden, hatte Lukaschenka 2017 gegeben. 2019 hatte der damalige Leiter der BOK, Metropolit Pavel (Ponomarjov), den Entwurf gutgeheißen. Es wurden zwei identische Kreuze mit mittelalterlichen Techniken geschaffen, eines für die Diözese Turau, das zweite für die Nationale Akademie der Wissenschaften von Belarus. Bei Ausgrabungen in Turau waren 1962 vier Bleikonen aus dem 12./13. Jahrhundert entdeckt worden, die zum Altarkreuz gehörten. Das Altarkreuz war das Hauptheiligtum der Kathedrale.

[Empfangen wurde Lukaschenka in der Kathedrale vom Leiter der BOK](#), Metropolit Veniamin (Tupeko) von Minsk, Bischof Leonid (Fil) von Turau und Mazyr und dem zuständigen Priester der Kathedrale. Kinder von Gemeindemitgliedern überreichten ihm

Blumen und einen Osterkorb. Bei seiner Rede betonte er die historische Rolle der Stadt und bezeichnete „Frieden, die Arbeit auf der heimatlichen Erde und unbedingt die Einheit zwischen den Menschen“ als die „wichtigsten Werte“. Gerade die Einheit habe den Belarus*innen mehrfach „geholfen, Unbilden, Kriege und Erschütterungen zu bewältigen“ und sie helfe auch jetzt. Das Land sei vielfach geprüft worden und werde „erneut auf seine Stabilität geprüft“. Aber „Gott beschützt uns“, „solange er in unseren Herzen und Gedanken ist“, erklärte Lukaschenka. (NÖK)

Neuer Vorsitzender der Bischofskonferenz gewählt

22. April 2021.

Am 14. April hat die Belarusische Bischofskonferenz [Aleh Butkevitsch zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt](#). Der 1972 geborene Bischof von Vitsebsk ist einer der jüngsten belarusischen Bischöfe. Zum stellv. Vorsitzenden wurde Bischof Aljxander Kaschkevitsch von Hrodna gewählt, während Juzaf Staneuski, Weihbischof von Hrodna, zum Generalsekretär der Bischofskonferenz bestimmt wurde. Die Wahl des neuen Vorsitzenden war der Hauptpunkt der Vollversammlung, die dem 30-jährigen Jubiläum der Wiedererrichtung der Strukturen der katholischen Kirche in Belarus gewidmet war.

Der Vorsitz der Bischofskonferenz war seit Januar 2021 vakant, nachdem Papst Franziskus das altersbedingte [Rücktrittsgesuch von Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz von Minsk angenommen](#) hatte. Butkevitsch wurde im November 2013 zum Bischof von Vitsebsk bestimmt und im Januar 2014 geweiht. Seit 2015 war er der stellv. Vorsitzende der Bischofskonferenz. Er war einer der ersten Geistlichen in Belarus, die [aufgrund der Coronavirus-Epidemie vorschlugen](#), die Pflicht zur Sonntagsmesse für diejenigen aufzuheben, die Angst vor einer Ansteckung oder Symptome einer starken Atemwegsinfektion haben. Zudem erklärte er öffentlich, wie wichtig eine zivilgesellschaftliche Position von Geistlichen und der Schutz ihrer Gemeindemitglieder sei, aber die Kirche dürfe nicht in eine politische Partei verwandelt werden. Direkt nach der umstrittenen Präsidentenwahl im Sommer 2020 hatte er sich [für die Suche nach der Wahrheit](#) und gegen Gewalt ausgesprochen. (NÖK)

Kirchen und Protest in Belarus – Aktuelle Umfrageergebnisse

24. Februar 2021. Hintergrund

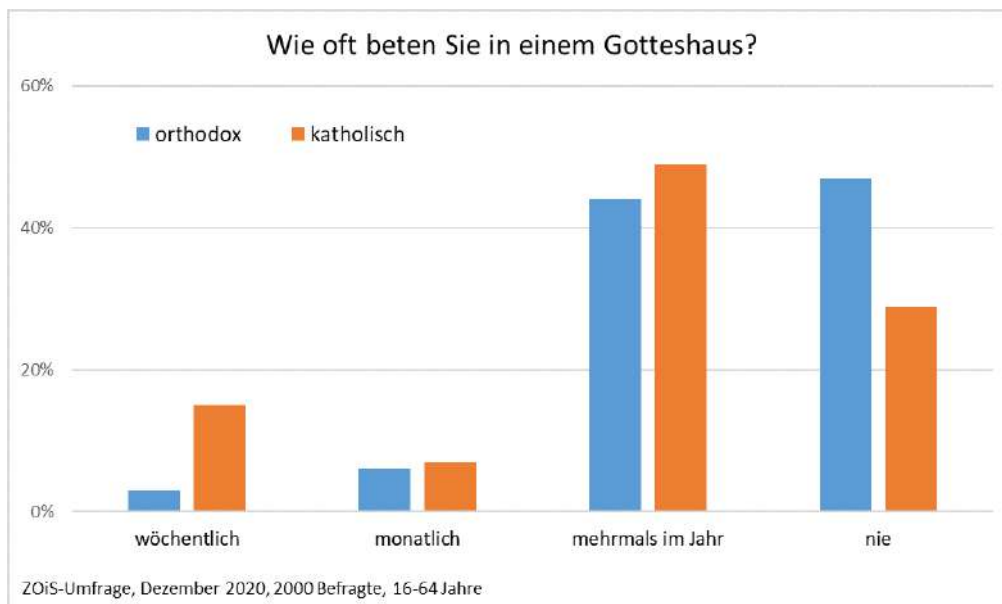
Seit den Präsidentschaftswahlen in Belarus am 9. August 2020 brechen der Protest gegen die Wahlfälschungen und die staatlichen Repressionen gegen Demonstrierende nicht mehr ab. Auch die beiden größten Kirchen des Landes – die Belarusische Orthodoxe Kirche (BOK) und die römisch-katholische Kirche – sind von den tiefgreifenden Transformationsprozessen betroffen.

Im Dezember 2020 hat das *Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)* eine umfassende Umfrage unter Einwohner*innen von Städten (2000 Personen) im Alter von 16 bis 64 Jahren als Internetumfrage durchgeführt. Neben zahlreichen Fragen zur gesellschaftlichen und politischen Lage, Protestteilnahme und Zukunftsperspektiven wurden auch verschiedene Aspekte der religiösen Identität erfragt. Diese ermöglichen ein besseres Verständnis der religiösen Komponente des Protests und der gesellschaftlichen Haltung gläubiger Menschen, auch wenn aufgrund der Konzentration auf die städtische

Bevölkerung und den nicht erfassten älteren Bevölkerungsgruppen Vorbehalte bleiben. Darüber hinaus müssen die protestantischen Kirchen aufgrund der verschwindend kleinen Anzahl in der Umfrage hier außer Acht gelassen werden, obwohl sie eine durchaus beachtenswerte Rolle im gesellschaftlichen Leben spielen.

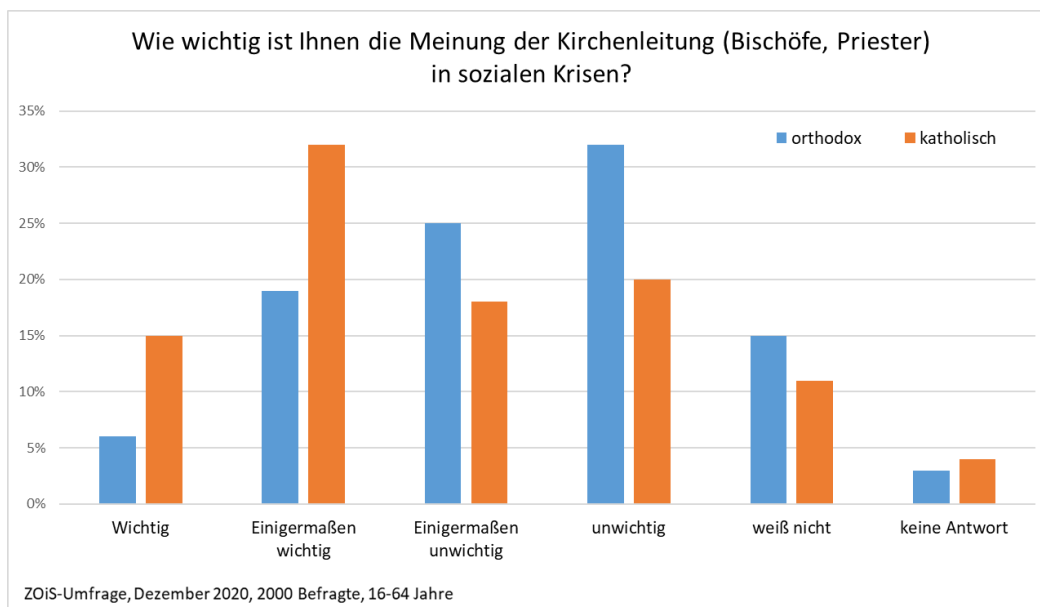
Zugehörigkeit und Alltagsreligiosität

Die Verteilung der religiösen Zugehörigkeit entspricht weitgehend den Daten früherer Umfragen: 72 Prozent der Befragten bezeichnen sich selbst als orthodox, ca. 6 Prozent als katholisch, kleinere Minderheiten als protestantisch, jüdisch und muslimisch. 20 Prozent der Befragten geben an, nicht religiös zu sein. Wie in vielen anderen postsowjetischen Ländern steht diese hohe Identifikation mit einer Kirche im Gegensatz zur gelebten Religiosität. Nur 3 Prozent der Orthodoxen besuchen wöchentlich die Kirche, 6 Prozent einmal im Monat, 44 Prozent mehrmals im Jahr und 47 Prozent nie. Zuhause beten 25 Prozent der Orthodoxen wöchentlich, aber auch hier 46 Prozent nie und 20 Prozent mehrmals im Jahr. 78 Prozent der befragten orthodoxen Gläubigen geben an, in den vergangenen zwölf Monaten weder Mitglied noch Unterstützer einer Kirche oder religiösen Organisation gewesen zu sein.



Auch die Relevanz der Religion im täglichen Leben ist für die orthodoxen Befragten eher gering. Von den sich als orthodox identifizierenden Menschen empfinden nur 25 Prozent die Meinung kirchlicher Führungspersonen (Bischöfe und Priester) als wichtig oder einigermaßen wichtig in gesellschaftlichen Krisen, 23 Prozent in persönlichen Fragen. Für knapp 60 Prozent hat hingegen die Meinung der Kirchenführer keine Relevanz in diesen Fragen.

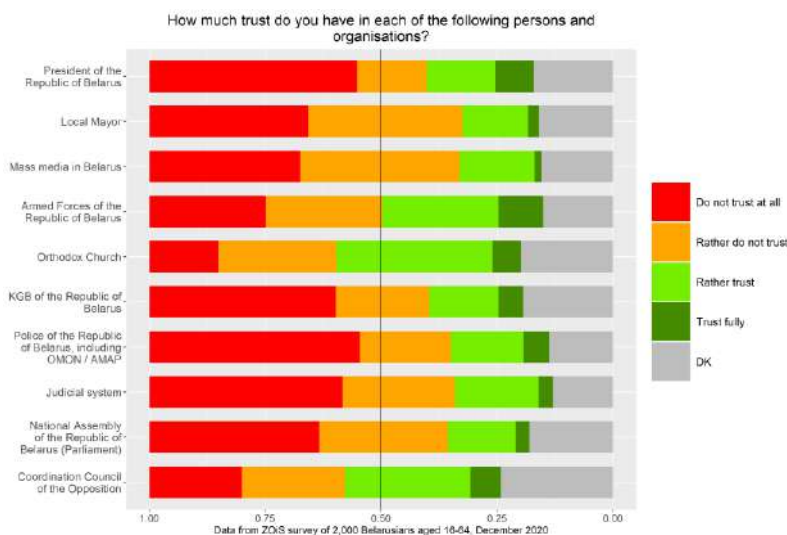
Die Umfrageergebnisse bestätigen die Auffassung, dass die Religiosität unter den katholischen Gläubigen höher ist. Sowohl die Relevanz der Meinung von Kirchenführern für das persönliche Leben und in Zeiten sozialer Krisen als auch das häusliche und kirchliche Gebet erreichen jeweils höhere Werte als bei den orthodoxen Befragten. Auch die Bindung an eine Gemeinde (Mitglied oder Unterstützung in den vergangenen zwölf Monaten) ist leicht höher.



Institutionelles Vertrauen

Insgesamt sind die Werte für persönliches Vertrauen in Belarus niedrig, und gläubige Menschen sind hier keine Ausnahme: Knapp 60 Prozent der Befragten aus beiden Konfessionen geben an, Menschen bei der ersten Begegnung nie oder selten zu vertrauen. Diese Zahlen sind besonders für das Gemeinschaftsgefühl relevant, das eine Mobilisierung für gemeinsame Interessen wahrscheinlicher bzw. in diesem Fall unwahrscheinlicher macht.

Für Aufmerksamkeit sorgt das große Vertrauen in die Orthodoxe Kirche unter den Befragten im Vergleich zu allen anderen Institutionen. Dabei sind jedoch mehrere Aspekte zu beachten, die ein vorschnelles Urteil verbieten. Erstens ist der große Anteil derjenigen auffällig, der bei allen Institutionen mit „ich weiß nicht“ antwortet – im Fall der Orthodoxen Kirche ist dieser Anteil mit 20 Prozent besonders hoch. Zweitens bedeuten die insgesamt 40 Prozent volles bzw. gemäßigttes Vertrauen im Vergleich zu bisherigen Werten aus Umfragen, die in den letzten Jahren immer zwischen 60 und 65 Prozent schwankten, einen massiven Vertrauensverlust von 25 Prozent. Drittens ist auch das interne Vertrauen der orthodoxen Befragten zu ihrer eigenen Kirche nicht höher als 40 Prozent. Wenn man die Daten der von [Natallia Vasilevich dokumentierten innerkirchlichen Umfrage](#) mit diesen allgemeinen Zahlen zusammenliest, zeigt sich die



große Verunsicherung angesichts des ambivalenten Verhaltens der Kirchenleitung im Kontext der Proteste und eine innere Fragmentierung der Kirche.

Für das dennoch vergleichsweise große Vertrauen können zwei paradoxe Gründe vermutet werden. Zum einen darf nicht übersehen werden, dass ein großer Teil der Befragten nicht an den Protesten teilgenommen hat (ca. 75 Prozent) und die Proteste nicht unterstützt (ca. 30 Prozent) – für diese Menschen können sowohl die betont neutrale Haltung der Kirchenleitung als auch ein eher abstraktes Verständnis von Kirche durchaus Gründe für Vertrauen in der allgemein polarisierten gesellschaftlichen Atmosphäre sein. Andererseits kann das sehr konkrete Erleben einer bestimmten Gemeinde oder besonders charismatischer Priester das Bild der Kirche entscheidender prägen als die Kirchenleitung – dort, wo Priester und Gemeinden eine große Solidarität mit den Sorgen der Menschen gezeigt haben, fördert dies das Vertrauen in die Kirche.

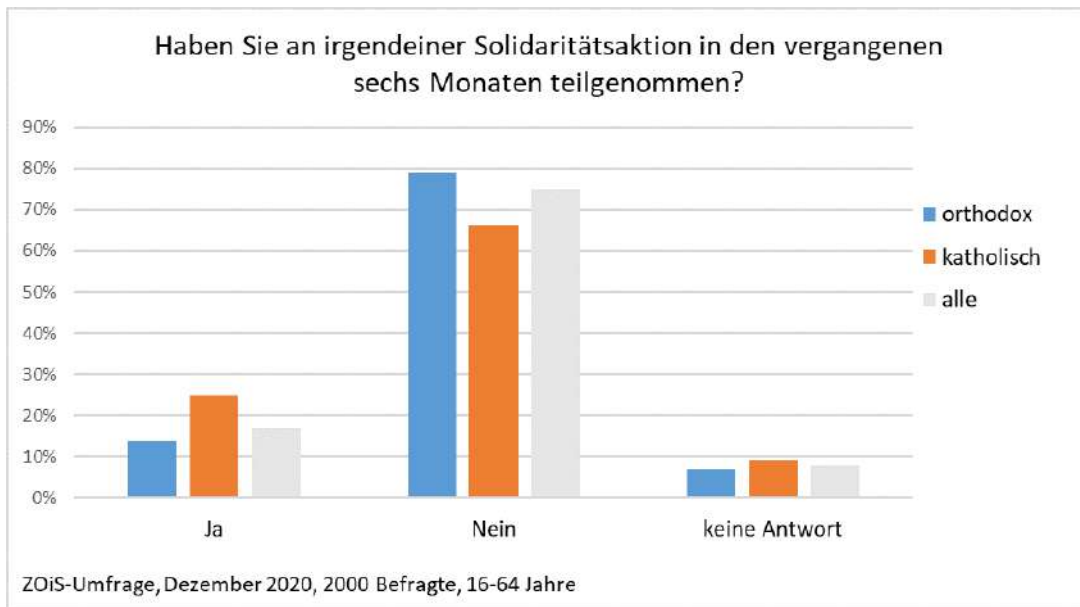
Neben dem Vertrauen der Befragten in die Kirche ist die Frage, welche öffentliche Rolle die Menschen von der Kirche erwarten, ein weiteres wichtiges Element zum Verständnis der gesellschaftlichen Position der Kirche. Die meisten Befragten sehen die Sorge um die spirituellen Bedürfnisse der Gläubigen, die Bewahrung der öffentlichen Moral und Wohltätigkeit als wichtigste Aufgaben der Kirche im öffentlichen Leben. Eine Einmischung in Fragen der nationalen Harmonie sehen nur wenige als Aufgabe der Kirche, und es sind auch nur wenige, die eine Anteilnahme der Kirchen am öffentlichen Leben gänzlich ausschließen möchten. Auffällig hoch ist die Erwartung, die Kirchen sollen Anwältinnen der Menschenrechte sein. Diese Verteilung spiegelt sich auch bei den gläubigen Befragten wider, was vor allem mit Bezug auf die Anerkennung der Menschenrechte als Aufgabe der Kirchen und auch in Hinblick auf eine schwach ausgebildete nationale Agenda der Gläubigen bemerkenswert ist.



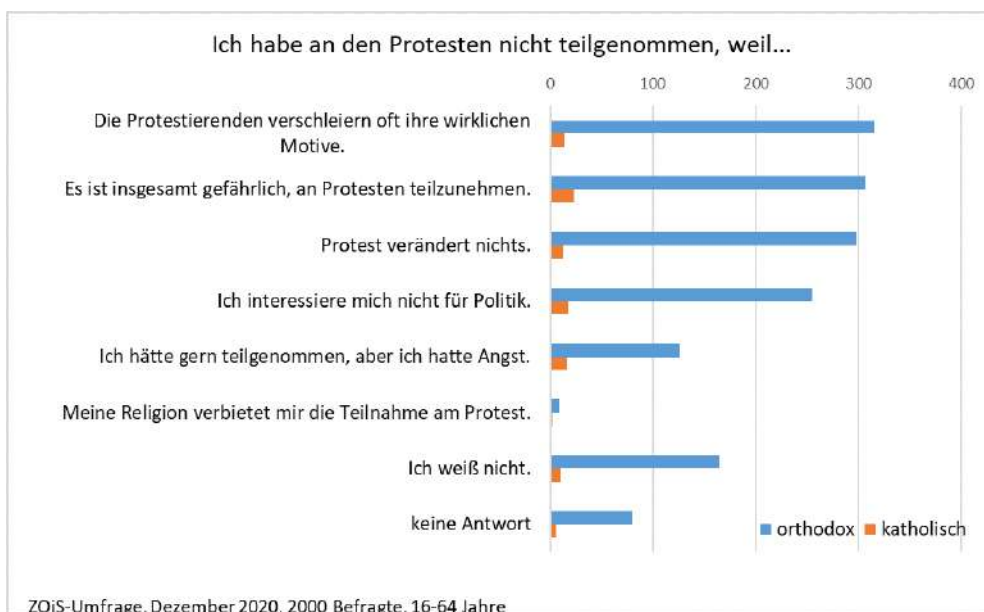
Politische Mobilisierung

Soziale Medien und internationale Beobachtung haben den religiösen Aspekt der Proteste 2020 besonders sichtbar werden lassen. Während die Reaktion der Kirchen in früheren Protesten hauptsächlich anhand der offiziellen Stellungnahmen der Kirchenleitungen analysiert wurde, haben soziale Medien im Sommer und Herbst 2020 sowohl die Proteste und die staatliche Gewalt insgesamt, aber auch die kirchlichen Aktivitäten schnell und weithin bekannt gemacht und internationale Solidarität mobilisiert.

Grundsätzlich zeigen die erhobenen Daten, dass sich das politische Engagement und die Haltungen der orthodoxen und katholischen Befragten nicht wesentlich von der Gesamtgesellschaft unterscheidet. Die Wahlen 2020 haben bei mehr als der Hälfte der Gläubigen zu einem erhöhten politischen Interesse geführt. An den Protesten nach den gefälschten Wahlen 2020 beteiligten sich 11 Prozent der orthodoxen und 21 Prozent der katholischen Befragten (14 Prozent der Gesamtbevölkerung). Mit dem Umgang der Regierung mit der Covid-19-Pandemie, der von vielen als Auslöser größerer Unzufriedenheit mit dem Regime gewertet wird, sind ebenso wie bei den gesamten Befragten ein Drittel der Gläubigen einverstanden, mehr als 40 Prozent hielten die Entscheidung gegen einschränkende Maßnahmen aber für falsch.



Bei der Entscheidung, sich am Protest zu beteiligen, spielten für orthodoxe und katholische Befragte religiöse Faktoren – also etwa ein Verbot oder ein besonderer religiöser Beweggrund – keine Rolle. Bei den Begründungen, warum man nicht an Protesten teilgenommen hat, sind vor allem das fehlende Vertrauen in den Erfolg von Protest und in die aufrichtigen Motive der Protestierenden bemerkenswert. Auffällig ist außerdem auch hier der große Anteil an Personen, die keine Antwort auf die Frage geben wollten. Zur Teilnahme am Protest motivierten hingegen das Gefühl, anders keine



Stimme im politischen Prozess des Landes zu haben, und die Nachrichten über das Ausmaß der Gewalt. Dieser Befund lenkt die Aufmerksamkeit auch auf die Mediennutzung, die unter Katholik*innen und Orthodoxen die große Bedeutung der sozialen Netzwerke und ein großes Misstrauen gegenüber staatlichen Medien dokumentiert.

Auch bei den Formen des Protests decken sich die Angaben der gläubigen Befragten mit denen der gesamten Befragten. Im Vordergrund stehen dabei Solidaritäts-Menschenketten und die persönliche Unterstützung von Bekannten, Nachbarn und Familienmitgliedern. Die Teilnahme an öffentlichen Gebeten fällt dagegen äußerst gering aus. Interessanterweise finden sich unter den freien Antworten nach möglichen weiteren Solidaritätsaktionen einige wenige Angaben zur Teilnahme an Aktivitäten zur Unterstützung Lukaschenkas, die alle von orthodoxen Personen ergänzt wurden. Diese statistisch schwer bewertbare Beobachtung deckt sich mit Daten zur Regimekritik bzw. Regimeunterstützung – diese deuten darauf hin, dass tendenziell mehr von Lukaschenkas Unterstützer*innen orthodox sind, während Protestant*innen und Katholik*innen eher regimekritisch eingestellt sind.



Ausblick

Insgesamt zeigen die Umfragedaten einige aufschlussreiche Tendenzen für die Bedeutung der Mehrheitskirchen in Belarus. Offensichtlich haben kirchliche Autoritäten trotz der großen Identifikation mit der Orthodoxen Kirche und dem verhältnismäßig großen Vertrauen der Befragten keine praktische Relevanz für das gesellschaftliche bzw. politische Engagement der Menschen. Die Identifikation mit der Orthodoxie erscheint damit einmal mehr als kultureller Marker, auf den sich die kirchliche Hierarchie jedoch weder in moralischen Fragen noch in gesellschaftspolitischer Hinsicht stützen kann, und der im Alltagsleben der Menschen keinen prinzipiellen Unterschied bewirkt.

Mit der Gesamtbevölkerung teilen die Gläubigen eine große Verunsicherung bezüglich des institutionellen und interpersonellen Vertrauens und bezüglich der Einschätzung politischer Prozesse und Perspektiven. Der Anteil derjenigen, die Fragen zu diesen Themen mit „ich weiß nicht“ beantworten, ist auffällig hoch – etwa bei der Frage nach der Bewertung der Covid-19-Maßnahmen, oder bei der Bedeutung der Demokratie, wo knapp die Hälfte der Orthodoxen (und ca. 40 Prozent aller Befragten) keine Antwort geben können oder wollen bzw. die Existenz einer demokratischen oder nicht-demokratischen Politik für sich persönlich als nicht relevant empfinden. Die Entfremdung zwischen politischen und kirchlichen Eliten und den Befragten und das leicht gewachsene

interpersonelle Vertrauen (ca. 20 Prozent unter den orthodoxen Befragten, 10 Prozent bei allen Befragten) könnte jedoch in der Zukunft eine Stärkung der Solidarität und des Engagements an der Basis fördern.

Weitere Analysen zur Gesamtumfrage:

Felix Krawatzek: Wie vereint ist Belarus gegen das Regime? ZOiS Spotlight 6/2021 17.02.2021, <https://www.zois-berlin.de/publikationen/zois-spotlight/wie-vereint-ist-belarus-gegen-das-regime/>

Gwendolyn Sasse, Felix Krawatzek: Belarus protests: why people have been taking to the streets – new data. The Conversation, 4.2.2021, <https://theconversation.com/belarus-protests-why-people-have-been-taking-to-the-streets-new-data-154494>.

Gwendolyn Sasse: The Political Awakening of Belarusian Society. Carnegie Europe, 11.2.2021, <https://carnegieeurope.eu/strategieurope/83861>.

Die Umfrage wurde ermöglicht durch eine Förderung des Auswärtigen Amtes. Die Auswertung geben die Einschätzungen der Autorin und weitere Analysen des ZOiS wieder.

Regina Elsner, Dr. theol., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin.

Umfrage: Gläubige in Belarus unterschiedlich zufrieden mit ihren Anführern

11. Februar 2021. Hintergrund



Angesichts der Ereignisse in Belarus seit der Präsidentschaftswahl im August 2020 kommt es zu Transformationen in der belarusischen kirchlichen Gemeinschaft, die langfristige Folgen haben könnten. Das Erwachen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, das große Ausmaß offensichtlicher Gewalt, Repressionen und Gesetzlosigkeit werfen bei Gläubigen Fragen zur Rolle der Kirche im gesellschaftlichen Leben, zur Rolle und Autorität kirchlicher Anführer sowie zur Rolle der Laien in der kirchlichen Gemeinschaft als auch in der Zivilgesellschaft auf. Um die Trends bei verschiedenen Konfessionen zu untersuchen, führten die Gruppe „Christliche Vision“ des

Koordinierungsrats und das unabhängige [soziologische Projekt „Volksbefragung“](#) vom 20. Dezember 2020 bis zum 10. Januar 2021 eine Untersuchung über den in Belarus beliebten Messengerdienst *Viber* durch, der die Identifizierung der Teilnehmenden über ihre Telefonnummer erlaubt.

An der [Umfrage](#) nahmen 4408 Personen teil, von denen die absolute Mehrheit (98–99 Prozent) den Protesten gegenüber positiv eingestellt ist, daran teilnimmt oder sie unterstützt. Schwerpunktmäßig umfasst die Auswahl Einwohner*innen der Stadt Minsk (80 Prozent), die eine höhere oder Postgraduiertenausbildung haben (mehr als 80 Prozent) und aus der Altersgruppe von 31 bis 50 Jahren (76 Prozent) stammen.

Konfessionell setzt sich die Gruppe aus 71 Prozent Orthodoxen, 14,6 Prozent Katholiken und 6 Prozent Protestanten (Baptisten, Pfingstgemeinden, Evangelikale, Reformierte und Lutheraner) zusammen. Diese Verteilung stimmt im Großen und Ganzen mit der konfessionellen Zusammensetzung im Land überein. In jeder Konfessionsgemeinschaft zeigte die Umfrage andere Trends: Unter den Orthodoxen überwiegen die Enttäuschung

und Frustration über die Hierarchie, bei den Katholiken ist das Vertrauen in die lokalen Anführer gestiegen, während bei den Protestanten eine bedeutende Vielfalt zutage trat.

Unterschiede lassen sich nicht nur bezüglich der konfessionellen Zugehörigkeit ausmachen, sondern innerhalb der kirchlichen Gemeinschaften auch von der Nähe zur Kirche und der Eingebundenheit ins Gemeindeleben. In der Struktur jeder Gemeinschaft wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in vier Kategorien eingeteilt:

- 1) „professionelle Diener“: dazu zählen Leiter von Gemeinden, Geistliche, Theologen, Personen, die in der Gemeinde einen Dienst leisten (z. B. Singen im Chor, Hilfe bei der Durchführung von Riten, Unterrichten in der Sonntagsschule, Freiwilligenarbeit), sowie Mitarbeitende von kirchlichen Organisationen.
- 2) Personen, die Mitglied einer konkreten Kirchgemeinde sind und sich mit dieser identifizieren.
- 3) Personen, die regelmäßig an Gottesdiensten teilnehmen, aber nicht zu einer Kirchgemeinde gehören.
- 4) Personen, für die Religion wichtig ist, die sie aber individuell praktizieren, ohne Teilnahme an kollektiven Praktiken.

Unabhängig von der konfessionellen Zugehörigkeit und der Eingebundenheit in das Gemeindeleben ähneln sich die Erwartungen der Befragten an die religiösen Anführer, wenn es um deren Beteiligung an einer Lösung der politischen Krise in Belarus geht: 89 Prozent aus jeder Konfessionsgruppe wählten die Antwort „Ja, sie sollen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und dabei für den Schutz der Menschenrechte eintreten und Gewalt verurteilen“.

Orthodoxe: Enttäuschung und Ansätze einer neuen Gemeinschaftsbildung

Die Umfrageergebnisse zeigen eine totale Enttäuschung der Orthodoxen, die die Proteste unterstützen, hinsichtlich der Handlungen der Hierarchie der Belarusischen Orthodoxen Kirche (BOK). Die absolute Mehrheit der befragten Orthodoxen (rund 80 Prozent) erwartet von ihren Anführern keine Unterstützung für die protestierenden Mitbürger, ihre Hauptforderung besteht im Schutz der Menschenrechte und der Verurteilung von Gewalt (89 Prozent). Dabei erwartet die Mehrheit der Orthodoxen nicht einmal Aufrufe an die Regierung mit der Forderung, die Gewalt zu beenden, den Kirchenausschluss von Verantwortlichen für Gewalt oder die Teilnahme an Protesten. Es würde ihnen genügen, wenn die Gewalt und Gesetzlosigkeit offen verurteilt und die Ereignisse in den Medien und Predigten wahrheitsgemäß beurteilt würden: „Weiß als weiß bezeichnen und schwarz als schwarz“ – die Dinge also beim Namen zu nennen.

Nur 2 Prozent der orthodoxen Gläubigen, die an der Umfrage teilnahmen, sind mit den Handlungen der Kirchenleitung zufrieden, 74 Prozent hingegen sind unzufrieden. Das heißt, dass die orthodoxe Protestgemeinschaft keine Schritte der kirchlichen Führungsebene zum Schutz der Menschenrechte und Verurteilung der Gewalt sieht. Sogar wenn Hierarchen eine friedliche Lösung des Konflikts oder einen Dialog anmahnen, wird dies von der Mehrheit der protestierenden Orthodoxen nicht als authentisch und ungeheuchelt – nicht als „klare Position“ – wahrgenommen. Die von der höheren Hierarchie erklärte Position der „Neutralität“ stößt auf keinerlei Verständnis. Auf die offene Frage, was ihnen an den Handlungen der Kirchenführer nicht passt, antworteten die orthodoxen Umfrageteilnehmer*innen mit negativen Beurteilungen, die Desinteresse und Gleichgültigkeit bezeichnen: „sie verschließen die Augen“, „sie stecken den Kopf in den Sand“, „Vogel-Strauß-Taktik“, „sie tun so, als ob nichts sei“, „Gleichgültigkeit“ sowie der biblische Ausdruck „Lauheit“ (Offb 3,15-16). Die Unzufriedenheit mit den Handlungen und Positionen der Führungspersonen hat zu einem katastrophalen Vertrauensschwund geführt: 87 Prozent der Befragten vertrauen diesen weniger; in der Gruppe der am aktivsten im Gemeinde- und Kirchenleben engagierten Orthodoxen sind es 79 Prozent.

Die Strategien, um die Frustration und die Vertrauenskrise zu überwinden, unterscheiden sich zwischen den weiter von der Kirche entfernten Orthodoxen und den am stärksten ins kirchliche Leben eingebundenen deutlich. Bei der Kirche fernstehenden Personen führt die Enttäuschung dazu, noch weniger in die Kirche zu gehen (42 Prozent), zu einem Rückzug von der Religion überhaupt (12 Prozent) und auf lange Sicht zu einem Übertritt zu einer anderen Konfession. Die Bereitschaft dazu erklärten 30 Prozent der Befragten, obwohl nur 3 Prozent der Orthodoxen aussagten, dass sie tatsächlich schon die Konfession gewechselt hätten. Die Idee einer Autokephalie für die BOK spielte unter den Befragten keine große Rolle, nur 5 Prozent der Befragten prüfen für sich einen Wechsel der orthodoxen Jurisdiktion. Die weniger ins Gemeindeleben eingebundenen Orthodoxen, von denen der Großteil eine sehr schwache oder fast gar keine Verbindung zur Gemeinde hat (67 Prozent), glauben, dass es auf ihre Meinung nicht ankomme und die Meinung der Anführer unmöglich zu ändern sei (75 Prozent).

Die aktiven Gläubigen sind dagegen weder zu einem Übertritt zu einer anderen Konfession noch zu einer anderen Jurisdiktion noch generell zur Abkehr von der Religion bereit. Die Tendenz einer Distanzierung spiegelt sich vielmehr darin, dass rund 40 Prozent bereit sind, nicht mehr in die Kirche oder zu Versammlungen ihrer Gemeinde zu gehen; 20 Prozent sind bereit, die Kirchengemeinde zu wechseln. Auch in diesem Umfeld ist die Apathie groß (57 Prozent), doch sie resultiert oft aus der konkreten Erfahrung mit der Kirchenleitung – Briefen und Aufrufen, die unbeantwortet blieben sowie Repressionen gegen Geistliche und kirchliche Mitarbeiter wegen ihrer öffentlichen Position.

Nichtsdestotrotz gibt es bei den orthodoxen Aktivisten einen bedeutsamen Kern, der bereit ist, die Initiative zu ergreifen und den Kirchenführern seine Meinung zu sagen (27 Prozent) sowie aktiver im Namen der Kirche aufzutreten (18 Prozent). Allerdings hat die Kirchenleitung präventiv bereits ein spezifisches Dokument („[Erklärung](#)“) publiziert, in dem die Teilnahme am „politischen Leben der Gesellschaft“, nicht nur von Geistlichen, die „emotionale öffentliche Erklärungen“ abgeben, sondern auch von Menschen, die „sich als christliche Aktivisten positionieren“, verurteilt wird. Zwischen der Hierarchie und der Gruppe christlicher Aktivisten findet so eine Entfremdung statt. Letztere suchen selbstständig nach intellektuellen, emotionalen und organisatorischen Stützen und nach einer Sprache, mit der sie ihre Position sowohl für ihre Glaubensgeschwister als auch für die Gesellschaft verständlich ausdrücken können. Diese Sprache bildet sich im kollektiven Handeln, in Diskussionen auf Facebook, in Gemeinde- und Gebets-Chats, bei Diskussionen bedeutender Ereignisse, in der Abfassung von Petitionen und offenen Briefen oder in der Erstellung von Videos. Dieser kreative, emotional aufgeladene, aber auch chaotische Kommunikationsprozess führt zur Herausbildung von Strukturen innerhalb der kirchlichen Gemeinschaft, die den Strukturen der Zivilgesellschaft ähneln. Die kirchliche Gemeinschaft bemüht sich angesichts des Schweigens der Hierarchie, selbst zur Stimme der Kirche zu werden.

Katholiken: Gestiegenes Vertrauen in Bischöfe

Eine gegenteilige Situation lässt sich bei den befragten Katholiken beobachten, die die Proteste befürworten. 79 Prozent finden, dass die Leitung der römisch-katholischen Kirche in Belarus auf der Seite der protestierenden Bürgerinnen und Bürger steht. 42 Prozent der Befragten unterstützen die Handlungen ihrer Anführer, 27 Prozent teilweise, während lediglich 3 Prozent Unzufriedenheit mit der Position der Hierarchie bekunden. Bei den Katholiken, deren Vertrauen in die Führungspersonlichkeiten schon vorher groß gewesen ist, ist ein Vertrauenszuwachs um 38 Prozent festzustellen, während bei den Orthodoxen angesichts der gesellschaftspolitischen Krise ein Rückgang des Vertrauens in die Hierarchie um 86 Prozent zu beobachten ist.

Doch der Vertrauenszuwachs betrifft in erster Linie die belarussischen Hierarchen, gegenüber dem Papst und dem neuen vatikanischen Nuntius Ante Jozić ist dagegen eine ernsthafte Enttäuschung festzustellen: 84 Prozent der Katholiken und 76 Prozent der katholischen Geistlichen, die an der Umfrage teilnahmen, waren über das Verhalten des

Nuntius während der Akkreditierung bei Alexander Lukaschenka am 3. November verstimmt. Ungefähr gleich viele (83 Prozent der Katholiken insgesamt und 75 Prozent der katholischen Geistlichen) sind mit dem Schweigen des Papsts zu den Ereignissen in Belarus nicht einverstanden. Die Enttäuschung über die Einstellung des Papstes und des Vatikans hat jedoch zu keinem dramatischen Vertrauensverlust in die Kirche geführt. Bisher bewahren die belarusischen Katholiken das Vertrauen in ihre Führungspersonen und eine wesentlich stärkere Verbindung zu ihrer religiösen Tradition als die Orthodoxen. Das gilt auch für diejenigen Gläubigen, die der katholischen Kirche fernstehen.

Ausgewogenes Bild bei den Protestanten

Bei den Protestanten (Baptisten, Pfingstgemeinden, Evangelikale, Reformierte und Lutheraner) lässt sich eine Vielzahl an – positiven wie negativen – Einstellungen bezüglich der jeweiligen Hierarchie beobachten, die sich in erster Linie auf die Vielfalt der evangelischen Kirchen und das Fehlen einer einheitlichen Struktur zurückführen lässt. Während sich bei den befragten Orthodoxen eine extreme Unzufriedenheit mit den kirchlichen Anführern und bei den Katholiken eine große Unterstützung für die eigenen Hierarchen beobachten lässt, sind die Protestanten weder besonders zufrieden noch besonders unzufrieden mit ihren Leitungsverantwortlichen. Sie tendieren vielmehr zu ausgewogeneren Positionen: 19 Prozent geben an, „teilweise zufrieden“ zu sein, 12 Prozent sind „teilweise unzufrieden“, 37 Prozent sind „unzufrieden mit einigen Anführern und zufrieden mit einigen anderen“. Zudem sehen evangelische Gläubige ihre eigene Rolle in der jeweiligen Gemeinschaft als eher bevollmächtigt an, nur 8 Prozent glauben, dass von ihrer Meinung nichts abhängt. Recht viele verspüren die Intention, Initiative zu ergreifen und mit den Anführern zu diskutieren (28 Prozent), oder das Bedürfnis, eigenständig im Namen ihrer jeweiligen Gemeinschaft zu sprechen (24 Prozent).

Innerhalb der Zivilgesellschaft, die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt, existiert eine recht bedeutende Gruppe Gläubiger verschiedener Konfessionen, deren Verteilung der gesamtgesellschaftlichen konfessionellen Struktur entspricht. Es sind Orthodoxe, Katholiken und Protestanten, die ihrer jeweiligen Glaubensgemeinschaft unterschiedlich nahestehen. In dieser Gruppe herrscht, unabhängig von der konfessionellen Zugehörigkeit, ein Konsens über zentrale Werte und darüber, die Menschenrechte zu schützen und Gewalt zu verurteilen. Ein deutlicher Unterschied besteht hingegen in der offiziellen Position der Kirchen und den Erklärungen ihrer jeweiligen Anführer, und dieser Unterschied spiegelt sich in der innerkonfessionellen und zwischenkonfessionellen Dynamik. Während die Einstellungen der orthodoxen Führungspersonen Unzufriedenheit hervorrufen und das Vertrauen des demokratischen orthodoxen Gemeinwesens untergraben, so werden die Handlungen der katholischen Hierarchen zum Angelpunkt der Vereinigung der katholischen Gemeinschaft, aber auch zum Anziehungspunkt für einen bedeutenden Teil weniger in das Leben ihrer Gemeinschaft integrierter Orthodoxer. Für die aktiveren Orthodoxen wird die unbefriedigende Reaktion ihrer kirchlichen Leitungsgremien auf die aktuelle politische Krise in Belarus zum Ansporn einer Schaffung einer orthodoxen Gemeinschaft, die von der Hierarchie unabhängig ist, aber innerhalb der vorhandenen Strukturen existiert. Wenn eines der Ergebnisse des Majdans die Orthodoxe Kirche der Ukraine ist, so könnte eines der Ergebnisse der andauernden belarusischen Revolution die Entwicklung einer orthodoxen kirchlichen Gemeinschaft und Aktualisierung horizontaler Verbindungen in ihrem Inneren sein.

Natallia Vasilevich, Direktorin des kulturellen Bildungszentrums *Ecumena* in Minsk, Doktorandin an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Moderatorin der Arbeitsgruppe „Christliche Vision“ des Koordinierungsrats der Anführerinnen des demokratischen Belarus, Svjatlana Zichanouskaja.

Übersetzung aus dem Russischen: Natalija Zenger.

[Eine ausführliche Darstellung der Untersuchungsergebnisse auf Russisch und alle Grafiken sind auf der Website \[belarus2020.churchby.info\]\(http://belarus2020.churchby.info\) zu finden.](#)

Geistlicher unterstützt verhafteten Blogger in seinem Hungerstreik

28. Januar 2021.

In Minsk ist der orthodoxe Geistliche Uladzislav Bagamolnikav aus Solidarität mit Igar Losik in einen Hungerstreik getreten. Der inhaftierte Losik betreibt den Telegram-Kanal „Belarus des Gehirns“ und befindet sich seit dem 15. Dezember im Hungerstreik. Damit will er gegen seine politische Haft protestieren, die schon mehr als ein halbes Jahr dauert und während der er seine Familie bisher nicht sehen durfte.

In einem [Brief an die Redaktion des belarussischen Newsportals tut.by erklärt Bagamolnikav](#), er beabsichtige, solange zu hungern, wie auch Losik mit seinem Hungerstreik weitermache. Falls dieser stirbt, will Bagamolnikav ebenso viele Tage im Hungerstreik bleiben wie er. Allerdings hofft er, dass Losiks Haft in Hausarrest umgewandelt wird oder er aufhört zu hungern, da es nun nicht mehr nur um seine eigene Gesundheit geht. Bagamolnikav glaubt, Losik mache einen Fehler: „Seine Geste könnte gewürdigt werden, aber nicht von der Regierung unseres Landes.“ Dennoch glaubt Bagamolnikav, dass jeder Mensch sich ändern könne und die Beamten, von denen Losiks Schicksal abhängt, Verantwortung übernehmen könnten. In einem Brief informierte er Losik über sein Vorhaben, versuchte aber nicht, ihm den Hungerstreik auszureden. Allerdings verweist er auf die Verantwortung, die ein Mensch seinem Kind gegenüber trägt. Losik hat eine zweijährige Tochter.

Offenbar hat sich Losiks Zustand im Januar verschlechtert. Nach seiner Verhaftung am 25. Juni wurde ihm die Organisation oder Beteiligung an Handlungen vorgeworfen, die die öffentliche Ordnung grob stören. Am 15. Dezember wurde bekannt, dass er zudem der Vorbereitung eines Verbrechens und der Teilnahme an Massenunruhen beschuldigt wird, und deshalb die Haft verlängert wird. Seine Klage gegen die Verlängerung der Haft wurde abgelehnt.

Außer Bagamolnikav haben sich am 20. Januar auch [zwei Studentinnen dem Hungerstreik von Igar Losik angeschlossen](#). Margaryta Trafimovitsch und Eleanora Arzumanjan, die an der medizinischen Fakultät studieren, wollen damit ein Zeichen der Solidarität mit dem Blogger setzen. Zugleich hoffen sie, ihn so davon zu überzeugen, seinen Hungerstreik zu beenden. Am 25. Januar hat Losik seinen [Hungerstreik beendet](#). Dies sei aus freiem Willen geschehen, erklärt er in einem offenen Brief. Er sei von der „Welle der Solidarität“ überwältigt, tausende Belarus*innen hätten ihn gebeten aufzuhören und „unseren Sieg bei guter Gesundheit zu erwarten“. (NÖK)

Erzbischof Kondrusiewicz geht in den Ruhestand

14. Januar 2021.

Papst Franziskus hat das altersbedingte Rücktrittsgesuch von Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz von Minsk angenommen. Am 3. Januar, dem 75. Geburtstag des Erzbischofs, teilte das Pressebüro des Vatikans die Entscheidung mit, zugleich [ernannte](#)

[der Papst Weihbischof Kazimierz Wielikosielec von Pinsk zum Administrator](#) der Erzdiözese.

Kondrusiewicz leitete die Erzdiözese Minsk-Mahiljou seit 2007 und war Vorsitzender der Belarusischen Bischofskonferenz. Am Tag der Entscheidung [informierte er die Gläubigen](#) an einer Messe in Minsk. Kondrusiewicz tröstete sie damit, dass die Erzdiözese nicht führungslos bleibe. Außerdem bat er die Anwesenden, den Administrator „mit offenem Herzen“ anzunehmen. Die Kirche müsse leben, die „Menschen wechseln, aber die Kirche bleibt“, sagte er weiter.

Erzbischof Kondrusiewicz hat mehrere Monate im polnischen Exil verbracht, nachdem ihm Ende August die [Wiedereinreise nach Belarus verwehrt](#) worden war. Die belarusischen Behörden gaben an, sein Pass sei ungültig. Als tatsächlicher Grund wurden jedoch Kondrusiewicz Aufrufe zu einem Ende der Gewalt und zum Dialog zwischen den Protestierenden und der Regierung vermutet. Mitte Dezember hatte Erzbischof Claudio Gugerotti als [Sonderbeauftragter des Vatikans Alexander Lukaschenka getroffen](#), um mit dem Regime über die Rückkehr Kondrusiewicz zu verhandeln. Am 22. Dezember teilte der belarusische Innenminister mit, die Frage werde gelöst werden. Am 24. Dezember konnte Kondrusiewicz schließlich nach Belarus zurückkehren. [Lukaschenka verkündete](#) kurz darauf, der Erzbischof stelle „keinerlei Gefahr dar“. Zuvor hatte er dem Erzbischof unterstellt, für „Konsultationen“ nach Polen gereist zu sein, um „das Land zu zerstören“.

In Belarus vermuten viele einen Deal zwischen Lukaschenka und dem Vatikan, der Rücktritt sei der Preis für die Heimkehr von Kondrusiewicz. Denn nicht selten verlängert der Papst die Amtszeiten von Bischöfen um ein paar Jahre, wenn sie aufgrund ihres Alters den Rücktritt anbieten, so auch im Fall von Weihbischof Wielikosielec. Dieser ist ein halbes Jahr älter als Kondrusiewicz und der älteste amtierende Bischof in Belarus. Bisher ließ Wielikosielec keine Kritik am Regime von Lukaschenka verlauten, ganz im Gegensatz zu [Weihbischof Juryj Kasabutski](#) von Minsk, der Kondrusiewicz während dessen Abwesenheit vertreten hatte. Von seiner Ernennung zeigte sich Wielikosielec auch selbst überrascht, das sei „ein großes Vertrauen in meine bescheidene Person“, erklärte er einem belarusischen Nachrichtenportal gegenüber. (NÖK)

Erzbischof Kondrusiewicz reicht Antrag auf Pensionierung ein

23. Dezember 2020.

Der katholische Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz von Minsk-Mahiljou wird demnächst beim Papst seinen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand einreichen. In einem [Interview](#) mit der Katholischen Informationsagentur (kai) in Polen verwies er darauf, dass er am 3. Januar 2021 75 Jahre alt werde. Eine Verlängerung seiner Amtszeit hänge allein vom Papst ab.

Der Erzbischof lebt zurzeit im polnischen Sokółka an der belarusischen Grenze, nachdem ihm [am 31. August die Wiedereinreise nach Belarus](#) verweigert worden war. Er sei jedoch in ständigem Kontakt mit seinen Weihbischöfen in Minsk und in Mahiljou und verfolge die gesellschaftspolitische Krise genau. Er habe sich nie mit Politik beschäftigt, sondern ausschließlich das Evangelium verkündet und die Soziallehre der Kirche umgesetzt, und dies tue die katholische Kirche in Belarus auch in Bezug auf die gesellschaftspolitische Krise: „Weder ich noch jemand aus unserer Kirche haben jemals zu Protesten aufgerufen, aber wir halten uns immer an die Soziallehre der Kirche und rufen zu einer friedlichen Lösung von Konflikten auf. Wir sind gegen Lügen, Gewalt und Ungerechtigkeit, wie es in der katholischen Soziallehre heißt.“

Auf die [Proteste gegen die Verschärfung des Abtreibungsgesetz in Polen](#) angesprochen sagte Kondrusiewicz: „Wenn ich sehe, was sich auf polnischen Straßen abspielt, bin ich entsetzt. Freiheit ist eine große Gabe, aber auch eine große Aufgabe, und nicht jeder ist in der Lage, sie zu verstehen. Die Frage, wie man die Gabe der Freiheit weise nutzt, ist immer noch aktuell. Wenn wir bei Demonstrationen hören, dass die Kirche oder das Gesetz Gottes diese Freiheit einschränke, sogar beim freien Zugang zur Abtreibung, also bei der Tötung eines Menschen im Mutterleib, entsteht ein sehr ernstes Problem, wie man die Freiheit verstehen soll und wie man sie nutzt. Soll die Freiheit die absolute Freiheit eines autonomen Individuums sein, oder sollte sie durch das Wohl oder das Leid anderer sowie das Gemeinwohl der gesamten Gemeinschaft begrenzt sein?“

In seinem [Hirtenbrief zum Weihnachtsfest](#) schreibt Kondrusiewicz: „Belarus erlebt eine noch nie dagewesene gesellschaftspolitische Krise in seiner Geschichte, die seit fünf Monaten andauert und nicht enden kann. Was ist die Ursache und warum dauert es so lange? Unter den vielen Antworten, die von Politikern, Ökonomen und gesellschaftlichen Akteuren angeboten werden, ist es wichtig festzustellen, dass die Hauptursache der Krise die Abwesenheit Jesu in unseren Herzen ist mit seinem Gebot, Gott und den Nächsten zu lieben (Mk 12, 28–31), sogar unseren Feinden zu vergeben (Lk 23,34), gerecht zu sein (vgl. Mt 5,6). Wir sollten unser Vaterland als eine Zivilisation des Lebens und der Liebe aufbauen. Wir werden dies nicht mit Hass und Gewalt tun, sondern mit gegenseitiger Liebe, weil wir uns selbst nicht verachten können.“

Regula Zwahlen

Papst sendet Sonderbeauftragten zu Lukaschenka

23. Dezember 2020.

Papst Franziskus hat Erzbischof Claudio Gugerotti nach Belarus geschickt, um [seine „Besorgnis über die aktuelle Situation im Land auszudrücken“](#). Gugerotti, der zurzeit Apostolischer Nuntius in Großbritannien ist, traf sich am 17. Dezember im Auftrag des Papstes mit Alexander Lukaschenka. Von 2011 bis 2015 war er Botschafter des Hl. Stuhls in Belarus, seit September 2020 ist Bischof [Ante Jozić](#) Nuntius in Belarus.

Als letzter Vertreter des Vatikans hatte im September Erzbischof Paul Richard Gallagher, der vatikanische Außenbeauftragte, Minsk besucht und den belarusischen Innenminister getroffen. Sein Besuch erfolgte, nachdem Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche in Belarus, an der [Rückreise aus Polen nach Belarus gehindert](#) worden war. Kondrusiewicz hatte für die Protestierenden Partei ergriffen und befindet sich noch immer im Exil.

Wenige Tage nach dem Treffen zwischen Lukaschenka und Gugerotti [erklärte Innenminister Vladimir Makej](#) gegenüber Journalisten, die Frage von Kondrusiewiczs Rückkehr werde gelöst werden. Lukaschenka respektiere Papst Franziskus und begeistere sich für dessen Tätigkeit. Aufgrund dieser Gefühle und der guten persönlichen Beziehung halte es Lukaschenka für möglich, auf die Bitte von Papst Franziskus einzugehen und die „entsprechende Anweisung zu geben, dass eine Lösung unter Berücksichtigung aller bestehenden rechtlichen Mechanismen gefunden wird“. Die bevorstehenden Feiertage seien ein zusätzliches Argument zugunsten einer Lösung, „ungeachtet einer Reihe negativer Aspekte, die mit dieser Person verbunden sind“.

Anfang Dezember hat zudem die belarusische Oppositionsführerin [Svjatlana Tsichanouskaja mit einem Brief Papst Franziskus](#) um Unterstützung gebeten. Am 16. Dezember nahm Tsichanouskaja im Namen des Koordinierungsrats in Brüssel den

[Sacharow-Preis 2020](#) entgegen. Den Preis des Europäischen Parlaments für geistige Freiheit erhielt der Koordinierungsrat, ein von Oppositionellen zusammengestelltes Gremium, das den Machtwechsel in Belarus erleichtern soll. David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments, erklärte, die belarusischen Oppositionsvertreter seien für ihren Mut, ihre Ausdauer und Entschlossenheit im Kampf für Meinungs- und Gedankenfreiheit ausgezeichnet worden.

Vier der größten Glaubensgemeinschaften in Belarus veröffentlichten am 22. Dezember ein [gemeinsames Statement zum Frieden](#). Unterschrieben ist das Dokument von Metropolit Veniamin (Tupeko), dem Oberhaupt der Belarusischen Orthodoxen Kirche, Bischof Ante Jozić, Mufti Abu-Bekir Schabanovitsch, dem Vorsitzenden der muslimischen religiösen Vereinigung in Belarus, und dem Hauptrabbiner der Vereinigung der jüdischen Gemeinden, Deutsch Schnejer Zalaman. Im Blick auf die bevorstehenden Feiertage erklärten sie, „Frieden auf der Erde“ sei die „Hauptaufgabe und -lektion des menschlichen Lebens“. Deshalb hätten ihre Vorfahren ihre Kirchen in derselben Straße gebaut und die Heimat gemeinsam verteidigt. Das Verständnis von Frieden und Nächstenliebe sei „allen Religionen gemeinsam“. Deshalb riefen sie zum Jahresende zu „Frieden, Vergebung und Versöhnung“ auf, und dazu, „Kränkungen zu vergessen und weiterhin unser gemeinsames Haus erneut und zusammen zu bauen“. (NÖK)

Dokument: Offener Brief an die Christen in Belarus

10. Dezember 2020. Hintergrund



Liebe Brüder und Schwestern, Christen des schwergeprüften belarussischen Landes!

Wir, die Unterzeichnenden, Geistliche und Laien der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK), anderer Lokalkirchen, Gläubige der römisch-katholischen Kirche sowie Christen anderer in Russland und anderen Ländern lebender Konfessionen, wenden uns mit diesen Worten der Solidarität, der Unterstützung und des Trostes an Euch.

Eine rechtliche Bewertung gesellschaftlicher Ereignisse ist die Angelegenheit von Juristen und nicht der kirchlichen Gemeinschaft. Doch nach den Grundlagen der Sozialdoktrin der ROK kann sie nicht „aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens“ isoliert und des „Rechts auf Bewertung der Tätigkeit der Staatsgewalt“ beraubt werden (III.3.), und insbesondere nicht deren moralischer Bewertung.

Jeder von uns weiß aus Erfahrung, dass „die Welt unter der Macht des Bösen steht“ (1 Joh 5,19). [...] Die Ereignisse in Eurem Land in den letzten Monaten erlauben es uns jedoch nicht, sie still und gleichgültig zu beobachten. Durch politische Grenzen getrennt, sind wir Orthodoxen Glieder desselben Leibes Christi, und [...] „wenn ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit“ (1 Kor 12,26).

Am 16. August veröffentlichte der Synod der Belarusischen Orthodoxen Kirche einen Appell, der insbesondere sagte: *„Wir glauben und hoffen, dass die Führung des Landes, die rechtlich den Auftrag hat, ihr Volk zu respektieren und zu schützen, die Gewalt stoppen und die Stimmen der beleidigten und unschuldig leidenden Opfer während der Zeit des Widerstands hören wird, und diejenigen, die Gräueltaten und Grausamkeiten vollbracht haben, einem rechtmäßigen Urteil und einer Verurteilung zuführen wird.“* Das ist nicht passiert. Keiner von denen, die „Gräueltaten und Grausamkeiten“ begingen,

wurde verurteilt; im Gegenteil, der Grad der Gewalt nimmt nur zu. Hunderte Fälle von Verletzungen in Polizeistationen und Untersuchungshaftanstalten sind dokumentiert. [...] So lautet das Zeugnis von Priester Alexander Kuchta [...]: *„Ich war dort und sah mit eigenen Augen die geschlagenen Menschen, die während der Haft geschlagen, in einem Polizeibus und im Gefängnis gefoltert wurden. Sie folterten mit Fäusten, Schlagstöcken und mit Elektroschocks. Sie gaben ihnen drei Tage hintereinander nichts zu essen, sie hielten 40 Menschen draußen oder in Zellen auf einer Fläche von 5x6 Metern (sie schliefen im Stehen) und schlugen sie regelmäßig. Einfach so. Ohne Grund. Weil sie es können... [...]. Wozu? Warum?“* Seit Anfang August sind mehrere Menschen gestorben, darunter der 31-jährige Raman Bandarenka, der nach seiner Inhaftierung zu Tode geprügelt wurde. In Erwartung des Festes der Geburt Christi erinnern wir uns mit besonderer Schärfe und Schmerz an die Geschichte des Königs von Juda, der viele junge Leben zerstört hat, getrieben von der Angst, die Macht zu verlieren. [...]

Diener der Kirche Christi, die ihre Stimme gegen Lügen und Gewalt erheben, werden in Belarus unter Druck gesetzt und bedroht. „Der Staat wird dem nicht gleichgültig zuschauen“, „die Strafverfolgungsbehörden müssen ihnen eine Lektion erteilen“ – diese Richtlinien der Regierung werden umgesetzt. Dem Erzbischof der römisch-katholischen Kirche Tadeusz Kondrusiewicz, der sich mit dem Appell an die Behörden wandte, einen Dialog aufzunehmen und die Gewalt zu stoppen, wurde die Einreise verboten. Priester Uladzimir Drabyscheuski, ein [orthodoxer] Geistlicher der Eparchie Homel, wurde für das Halten eines Plakats mit Newtons Porträt und seiner Formel „Auf jede Aktion folgt eine Reaktion“ sowie für die Teilnahme an einer friedlichen Demonstration insgesamt 25 Tage lang festgenommen. Priester Alexander Bogdan, ein Geistlicher der Eparchie Hrodno, wurde verwahrt, weil er am 13. September zum Gedenken an den verstorbenen Museumsdirektor Kanstanzin Schyschmakov Blumen niederlegte, der sich geweigert hatte, das endgültige Abstimmungsprotokoll zu unterzeichnen, und später tot aufgefunden wurde. Nach der Zerstörung des spontanen Denkmals am Ort der Gefangennahme von Bandarenka in Minsk am 15. November, schrieb der Leiter der Synodalabteilung für Information der BOK, Erzpriester Sergij Lepin, auf seiner Facebook-Seite: *„Ich verstehe diese Verhöhnung des Porträts des ermordeten Mannes, der Blumen zu seiner Erinnerung nicht, warum dieses satanische Zertrampeln von Lämpchen und Ikonen, warum dieser Kampf gegen ein spontanes Denkmal draußen auf den Straßen ...? Was ist der Sinn? Nicht bewilligt, was? Aber dieses Verhalten und diese Einstellung – ist das etwa bewilligt? Von wem?“* Allein diese Infragestellung kostete den Priester eine offizielle Warnung der Staatsanwaltschaft [...] Dieselbe Warnung erhielt der katholische Bischof Jurij Kasabuzki für seine kritischen Äußerungen zu demselben Thema.

Wir möchten den Bischöfen, Priestern und allen Christen, die ungeachtet der Gefahr an die Freiheit und Würde der menschlichen Person erinnern, die nach dem Ebenbild Gottes geschaffen wurde, unsere Solidarität, Unterstützung und unseren tiefen Respekt zusichern. [...]. Leider sind heute viele davon überzeugt, dass die Kirche immer auf der Seite derer steht, die die Macht haben, dass sich die Kirche immer an sie anpasst und ihren Interessen dient. Euer Dienst zeigt, dass das nicht stimmt. Die auf YouTube veröffentlichte Predigt von Erzbischof Artemij von Hrodna erwärmte die Herzen von zehntausenden Menschen. Geistliche und Laien, Männer und Frauen – ihr alle handelt im Namen der Liebe, und das ist die größte Macht der Welt.

Wenn man an Euch denkt, erinnert man sich unmittelbar an die Worte, die Patriarch Tichon (Bellavin) ein Jahr nach der Oktoberrevolution an den Rat der Volkskommissare richtete: *„Wir wissen, dass Unsere Ermahnungen bei Euch nur Bosheit und Zorn hervorrufen und dass ihr in ihnen nur Gründe suchen werdet, uns der Machtwidersetzung zu beschuldigen, doch je höher eure „Säule der Bosheit“ wird, desto zuverlässiger wird sie von der Rechtmäßigkeit unserer Ermahnungen zeugen. [...].“* Jede Manifestation Eures freien Geistes wird Bosheit und Zorn hervorrufen, aber für Christen gibt es keinen anderen Weg. Lasst Euch von den Beispielen der Heiligen Ambrosius von Mailand,

Johannes Chrysostomus, Philipp von Moskau und vielen anderen stärken, die keine Angst hatten, das Böse und die Unwahrheit der Machthaber aufzudecken [Lk 11,33].

Wir erheben unser Gebet für Belarus, in der Hoffnung, dass niemand mehr aufgrund seiner Überzeugungen gedemütigt, geschlagen, gefoltert oder getötet wird. Wir beten für diejenigen, die bei der Ausführung von Befehlen Gewalt und Waffen gegen Demonstranten einsetzen. Möge jeder, der Uniform und Waffen trägt, Gewissen, Ehre und Würde, Verantwortung gegenüber Mitbürgern, gegenüber seinen Brüdern und Schwestern erhalten.

Wir glauben, dass ein friedlicher Dialog die einzige Alternative zu Gewalt ist. Auf dem Weg zum Fest der Geburt Christi wissen wir, dass wir zusammen mit Euch allen, die in Minsk, Hrodna, Homel, Brest, Mahiljou, Wizebsk, in kleinen Städten und Dörfern leben, sehr bald dem göttlichen Christuskind begegnen und die Worte in einer Winternacht hören werden:

Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!

Quelle:

<https://www.pravmir.ru/pismo-svyashhennikov-i-miryan-k-hristianam-belarusi/>

Unterschriftenliste (Sammlung beendet):

https://docs.google.com/spreadsheets/d/1s5ahLSKEikudQdzBUx9_paShGahHFYS2xOOClv1pePU/edit#gid=2001690635.

Übersetzung aus dem Russischen: Regula Zwahlen.

Bild: Ökumenische Prozession am 14. August 2020.

Dokument: Geschwisterliche Gemeinschaft: Eine Vision für ein neues Belarus

10. Dezember 2020. Hintergrund



Geschwisterliche Gemeinschaft: Eine Vision für ein neues Belarus Svjatlana Tsichanouskajas Brief an Papst Franziskus

Eure Heiligkeit,

Mein Brief ist eine Antwort auf die Einladung zum Dialog, zu dem Sie alle Menschen guten Willens in Ihrer neuen Enzyklika „Fratelli Tutti“ aufrufen. Dieser Brief ist von Ihrem vorgeschlagenen „Traum einer geschwisterlichen Gemeinschaft“ (§ 4) inspiriert, in der wir „die Würde jedes Menschen anerkennen und bei allen ein weltweites Streben nach Geschwisterlichkeit zum Leben erwecken“ (§ 8). In diesem Brief möchte ich die Träume des belarusischen Volks teilen, die es „zusammen träumt“ und die „zusammen gebaut“ werden (§ 8) – Träume, in denen die Vision einer geschwisterlichen Gemeinschaft wiederholt, und Wege der Umsetzung, was Sie in Ihrer Enzyklika diskutieren. Ich möchte diese Träume teilen, aber auch die Hindernisse und Schwierigkeiten, die uns unterwegs begegnen. Daher beinhaltet mein Brief auch viele Fragen.

Während Jahrzehnten war die belarusische Gesellschaft der schlimmsten Form der Entfremdung unterworfen, die in der Enzyklika als „keine Wurzeln zu haben und zu niemanden zu gehören“ (§ 53) identifiziert wird. Das belarusische Volk hat seit Urzeiten dank gemeinschaftlicher Solidarität und Selbstorganisation überlebt, eine ihrer Formen, die Talaka, war unter den Belarussen weit verbreitet. Aber nachdem sie Jahrhunderte von Kriegen, Armut, Unterdrückung, Repressionen und verschiedenen Katastrophen, darunter der Unfall im Kernkraftwerk von Tschernobyl, überlebt hatten, wählten die Belarussinnen und Belarussen Mitte der 1990er Jahre eine Regierung, die Stabilität und Sicherheit versprach. Wie sich herausstellte, war der Preis die Freiheit, das Recht zu Wählen und die Unabhängigkeit

Die aktuellen staatlichen Behörden, die nach dem Prinzip einer rigiden Hierarchie arbeiten, bei der sich die Macht in den Händen einer Person konzentriert, haben auf jede Art Ausdrucksformen von Gemeinschaft und Solidarität, außer den von oben genehmigten, verhindert. Jedwede gemeinsame Aktion innerhalb von Vereinigungen – ob von NGOs, religiösen Gemeinschaften, politischen Parteien oder Gewerkschaften – wurde entweder verboten oder streng kontrolliert und unterdrückt. Die Worte „Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit [und] Einheit“ (§ 14) und sogar das Wort „Volk“ (§ 157) wurden ständig in den Mund genommen, wurden aber als leere Geräusche und Demagogie wahrgenommen, weil sie zur Manipulation, als Herrschaftsinstrumente und als Rechtfertigung für Täuschung, Grausamkeit und Gewalt benutzt wurden.

Es kam zu einer vollständigen Entfremdung des Volks – der Menschen, die die Quelle der Souveränität sind – vom Staat, vom Bereich der Entscheidungsfindung. Diejenigen, die versuchten, etwas zu sagen, Veränderungen zu bewirken, eine Alternative zu bieten, wurden Repressionen unterworfen: Aktivisten, Menschenrechtsverteidiger und Politiker wurden von den Universitäten verwiesen, von der Arbeit entlassen und verhaftet. 2010 wurden sieben von zehn Präsidentschaftskandidaten festgenommen, einige von ihnen verbrachten Monate oder Jahre in Haft. Einerseits konnte die Teilnahme an politischen Aktivitäten und die Äußerung der eigenen Meinung und Position nichts beeinflussen oder ändern, andererseits war es ein großes Risiko für einen selbst, die eigene Familie, die eigene Gemeinschaft, die eigenen Angelegenheiten. Passivität, diktiert von Machtlosigkeit und Angst, hat die belarusische Gesellschaft dominiert und wurde in der Sprache des Regimes „Frieden“ genannt. In der Tat wurde die belarusische Gesellschaft schrittweise atomisiert und individualisiert, „eine bloße Summe von Individuen“ (§ 157).

Als die ganze Welt begann, der Coronavirus-Pandemie entgegenzutreten, vertrauten die Behörden von Belarus auf die Strategie, das Problem zu ignorieren, während Ärzte, Krankenschwestern und anderes Gesundheitspersonal, die ihr Leben aufs Spiel setzten, um die neue Krankheit zu bekämpfen, völlig ungeschützt blieben. Nach dem Unfall in Tschernobyl in den späten 1980er Jahren verheimlichte die sowjetische Regierung Informationen über das wahre Ausmaß des Unglücks und ergriff keine Maßnahmen, um die Auswirkungen der Strahlung auf die öffentliche Gesundheit und das Leben zu verhindern; ebenso haben die staatlichen Behörden jetzt während dieser Pandemie versucht, die Menschen zu überzeugen, dass es keine Gefahr gibt, dass die Situation unter Kontrolle ist, dabei haben sie die Kranken- und Totenzahlen unterschätzt, Missachtung gegenüber dem gesunden Menschenverstand und der wissenschaftliche Forschung gezeigt und, am wichtigsten, Geringschätzung für das Leben und die Menschenwürde ihrer Bürger an den Tag gelegt. Im Gegensatz dazu haben die belarusischen Bürgerinnen und Bürger sich angesichts dieses gemeinsamen Kampfs in Freiwilligeninitiativen zusammengeschlossen, um dem medizinischen Personal zu helfen; die Solidarität der Menschen mit dem Gesundheitspersonal während Covid-19 ist ein Paradebeispiel für ihren Sinn für die humanitäre Mission.

Im Juni 2020 hatten Hunderttausende Einwohner von Minsk an mehreren Tagen keinen Zugang zu Trinkwasser, nachdem ein ernster Unfall passiert war und giftige Stoffe ins Wasserversorgungssystem gelangt waren. Eine übelriechende Flüssigkeit, völlig

ungeeignet zum Trinken, kam aus den Wasserhähnen in den Häusern der Menschen. Anstatt den Zugang zur Wasserversorgung zu organisieren, bestritten die Behörden die Existenz des Problems und verbreiteten falsche Informationen über die Wasserqualität. Aber wiederum vereinten sich die Menschen selbst in einem großen Netzwerk gegenseitiger Hilfe und transportierten Wasser von einigen Vierteln in andere.

Das führte einerseits dazu, dass das öffentliche Vertrauen in die staatliche Führung komplett untergraben und offensichtlich wurde, dass die staatliche Politik auf Lügen basiert und öffentliche Organe, statt den Menschen zu helfen, bereit sind, Gesundheit und Leben zu opfern. Andererseits wurde aus der gegenseitigen Unterstützung und Solidarität eine Vision von Gemeinschaft, Bruderschaft und Schwesternschaft geboren. Das belarusische Volk, zuvor gespalten, hat verstanden, dass eine solche Gemeinschaft ein Wert und ein Ideal ist, die nicht nur in der Zukunft angestrebt werden sollten, sondern jetzt auf der Ebene der Zivilgesellschaft ungeachtet der Hindernisse seitens staatlicher Institutionen und angesichts von Gesetzlosigkeit und einem autoritären politischen Regime umgesetzt werden sollte.

Während der jüngsten Wahlkampagne hatten viele Menschen den Traum und die Vision einer Gesellschaft, in der die Stimme von allen eine Rolle spielt, „in der im Zentrum allen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Handelns“ der Mensch steht, der die „höchste Würde“ genießt (§ 232), in der Konflikte nicht versteckt und zum Schweigen gebracht werden, sondern „durch Dialog und transparente, aufrichtige und geduldige Verhandlungen“ (§ 244) gelöst werden, in der es Raum für einen echten Dialog gibt, ohne „leere Diplomatie, Verstellung, Doppelzüngigkeit, Verheimlichung und gute Manieren, die die Realität verschleiern“ (§ 226).

Der Wunsch nach Einheit und Solidarität sowie die entstandene Selbsterkenntnis des Volkes, das – trotz der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, trotz unterschiedlicher politischer Einstellungen und unterschiedlicher geopolitischer Orientierungen und von individuellen Interessen motiviert ist – ein gemeinsames Ziel und Sehnsucht hat, ist zum Ansporn der Geburt einer politischen Gemeinschaft geworden. Im Zusammenkommen angesichts einer geteilten Notlage hat das Volk klar die kreative Kraft von Solidarität und gegenseitiger Unterstützung erkannt.

Die Behörden haben wie gewohnt den Prozess der Vereinigung und politischer Aktivierung behindert, indem sie Anführer aufgrund erfundener Anschuldigungen ins Gefängnis warfen (mein Mann, Sjarhej Tsichanouski, war darunter), indem sie sich weigerten, die für die Nominierungen zur Präsidentschaftswahl gesammelten Unterschriften anzuerkennen, und indem sie die Gesellschaft behinderten, Wahlkommissionen zu bilden und den Wahlprozess zu beobachten. Als Reaktion auf diese Repression entwickelt sich immer mehr Solidarität und Selbstorganisation innerhalb der Gesellschaft. Mit der Überwindung der Angst und der gewohnten Trägheit vereinigten sich die Menschen zu einem gemeinsamen Kampf für ehrliche, faire und transparente Wahlen.

Gläubige und Geistliche der römisch-katholischen Kirche waren sehr aktiv an diesem Prozess beteiligt: auf Initiative von Artjom Tkaczuk, einem Missionar und Sozialarbeiter, wurde die Kampagne „Ein Katholik fälscht nicht“ lanciert. Ihre Aufgabe war, in der breiten katholischen Gemeinschaft die Idee zu fördern, dass faire Wahlen nicht nur eine politische, sondern auch eine moralische Frage sind, die mit dem Glauben und dem Leben entsprechend dem eigenen Glauben zu tun hat.

Ungeachtet ihrer politischen Überzeugungen sind die Menschen von ihrem Wunsch nach fairen, transparenten und demokratischen Wahlen auf dem Weg zu Wandel, auf dem Weg zu Gerechtigkeit, auf dem Weg zum Allgemeinwohl vereint worden. So kam es, dass ich, Svjatlana Tsichanouskaja, eine gewöhnliche belarusische Frau, die sich wie die meisten Belarusen nicht für Politik interessierte, passiv und hauptsächlich mit der Erziehung

meiner Kinder beschäftigt war, diese Mission übernehmen musste, die Anführerin der Bewegung für faire und gerechte Wahlen zu werden. Maryja Kalesnikava und Veranika Tsapkala teilten dieses Schicksal mit mir. Jede von uns hat diesen Weg nicht um der Macht willen eingeschlagen, sondern um den Glauben wiederherzustellen, dass die Stimme von jedem menschlichen Wesen bedeutsam ist, dass Solidarität Wunder bewirken kann, dass Liebe und Gewaltlosigkeit stärker als Gewalt sind.

Dieser Weg war nicht einfach für uns. Das belarusische Volk hat das Schicksal des Reisenden von Jerusalem nach Jericho aus dem Gleichnis des barmherzigen Samariters erlitten (Lukas 10,25-37): „Er fiel unter die Räuber, die zogen ihn aus und schlugen ihn und machten sich davon und ließen ihn halbtot liegen.“ Die Belarusinnen und Belarusen wurden ausgeraubt: ihre Stimmen in den Wahlen und ihr Recht, die Wahrheit über die Wahlergebnisse zu kennen, wurden gestohlen. „Es gibt nur einen Ausweg“, sagte Bischof Aleh Butkevitsch zum belarusischen Volk: „Wir müssen die Wahrheit suchen!... Aber die Wahrheit wird nicht sein, wo Gewalt ist.“^[1] Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz unterstützte die Menschen bei ihrer legitimen Suche nach Wahrheit: „Menschen haben ein Recht, die Wahrheit zu kennen, die nicht jemandes politischen oder wirtschaftlichen Interessen geopfert werden kann.“^[2]

Getrieben von der Suche nach der Wahrheit über die Wahlergebnisse, ohne bei der Stimmauszählung anwesend sein zu dürfen, gingen die Menschen zu einer friedlichen Demonstration hinaus. Als Reaktion darauf wurden Bürger*innen, Journalist*innen und Passanten mit Blendgranaten und Gummigeschossen beschossen, geschlagen, verhaftet, gefoltert, unmenschlich und entwürdigend behandelt und ihre Kinder wurden gewaltsam in Waisenhäuser weggebracht. Die Gesundheit Tausender von Menschen wurde ernsthaft verletzt und einige Belarusen verloren sogar ihr Leben – Aljalexandr Taraykouski, Henadz Shutau, Aljalexandr Vichor, Kanstantsin Schyschmakou, Mikita Kryutsou und Raman Bandarenka. Belarusen, blutig, mit ausgeschlagenen Zähnen, mit aufgerissenen Bäuchen, mit gebrochenen Armen und Beinen, verletzt, nicht einmal fähig vor Schmerz zu schreien, wurden auf den Boden von Gefangenentransportern, auf den Boden in den Höfen von Polizeistationen und auf die Betonböden von Gefängnissen geworfen und fühlten sich völlig hilflos.

Als Reaktion auf diese schreckliche Gewalt gingen Frauen auf die Straßen belarusischer Städte; dann folgten Ärzte, Musiker, Athleten, Wissenschaftler, Studierende, Rentner und Menschen mit Behinderungen. Erzbischof Artemij von Hrodna von der Belarusischen Orthodoxen Kirche nannte den Frauenprotest – an dem Frauen, Mütter und Schwestern von geschlagenen Männern, Söhnen und Brüdern mit Blumen und Lächeln auf die Straße gingen – ein wahres Wunder, die Umsetzung des spirituellen Gesetzes: „Lass dich nicht vom Bösen besiegen, sondern besiege das Böse durch das Gute“ (Röm 12,21). So brachte die Liebe den „Frieden zurück und stoppte die Gewalt“, sie wurde zu einer heilenden Macht „von den Giften des Bösen und der Aggression“^[3]. Petra Bosse-Huber, eine Bischöfin der Evangelischen Kirche in Deutschland, sah in den mutigen Belarusinnen, die dem Weg von Frieden und Liebe folgen und das Prinzip dieses spirituellen Gesetzes anwenden, „das Bild der schützenden und schirmenden Maria“^[4]. Der römisch-katholische Bischof Juryj Kasabutski verglich die Belarusinnen ebenfalls mit Maria, die ohne Angst neben dem Kreuz stand und auf das Leiden ihres Sohnes blickte: „Ihr nehmt die Blumen, ihr kamt heraus, ihr standet, ihr zeigtet der Welt, was alle Menschen verwirrte... Euer Lächeln – ihr habt alle verblüfft; alle standen unter Schock... Ihr kamt heraus und ihr habt begonnen, das Böse mit dem Guten zu überwinden... Ihr könntet den Teufel besiegt haben, ohne es zu wissen... Unsere belarusischen Mädchen, Frauen, unsere Töchter, Schwestern, Frauen, Mütter, Großmütter – ihr seid die Helden unserer Zeit.“^[5]

Christinnen waren auch unter den ersten, die besondere Gebete für Belarus inmitten einer wachsenden Welle von Gewalt und Gesetzlosigkeit gegen friedliche Protestierende organisierten. Am 12. August begann die Katholikin Irena Bernatskaja aus der Stadt Lida,

täglich den Rosenkranz in der Form der Pompejischen Novene für Frieden in Belarus zu beten, wofür sie am 16. Oktober zu einer großen Buße verurteilt wurde. Am 13. August initiierten mehrere orthodoxe Frauen aus Minsk ökumenische Gebete im Stadtzentrum, auf dem Platz zwischen der orthodoxen Heilig-Geist-Kathedrale und der katholischen Mariä-Namen-Kathedrale. Orthodoxe, Katholiken und Protestanten beteten zusammen und gingen dann in einer Prozession mit Bannern, Ikonen und Bibeln durch die Straßen der Stadt. Eine Gruppe von gläubigen Frauen in Minsk geht auch jeden Abend hinaus, um den Rosenkranz für Belarus und für die Rückkehr von Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz aus dem Exil zu beten. Die junge griechisch-katholische Gläubige Marysia Bulatouskaja aus Witebsk wurde gebüßt, weil sie in der Nähe einer friedlichen Prozession war und betete. Am 4. Oktober kniete eine ältere Gläubige aus Brest, Elena Gnauk, zwischen den Protestierenden und der Polizei und betete für Frieden und wurde dafür mit 18 Tagen Haft bestraft, ihr droht nun ein Strafverfahren.

Viele Priester verschiedener Kirchen agierten wie der Priester und der Levit im Gleichnis; sie gingen nicht vorbei, aus Angst durch „weltliche Angelegenheiten“ entweiht zu werden. Ihre Antwort war Gebet, Barmherzigkeit und das Erheben ihrer Stimmen gegen Gewalt und Gesetzlosigkeit.

Zwei große interreligiöse Gebete wurden in Minsk und Hrodna abgehalten. In Minsk fand am 19. August auf Initiative von Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz ein interreligiöses Gebet für Frieden in Belarus statt; der katholische Erzbischof hatte dieses Gebet angeregt, an dem Priester der katholischen, orthodoxen und protestantischen Kirchen sowie belarusische Juden und Muslime teilnahmen. In Hrodna wurde auf Initiative von religiösen Organisationen verschiedener Denominationen am 16. August im historischen Stadtzentrum eine interreligiöse Gebetsprozession mit Plakaten mit spirituellem Inhalt und gegen Gewalt, für eine friedliche Lösung der politischen Krise und die Freilassung der unschuldig Inhaftierten organisiert. Geistliche und Gläubige von fünf christlichen Konfessionen sowie Vertreter der jüdischen Gemeinschaft gingen auf die Straße.

Protestanten beteten täglich im Zentrum von Minsk und in vielen orthodoxen, katholischen und protestantischen Kirchen wurden besondere Gottesdienste abgehalten. In Hrodna läuteten die orthodoxen Kirchen jede Stunde ihre Glocken. Im September führte die römisch-katholische Kirche auf Initiative von Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz eine Wallfahrt zur Statue des Erzengels Michael, dem Schutzheiligen der römisch-katholischen Kirche in Belarus und Bezwinger des Bösen, zum Zweck einer schnellen Lösung der sozialen und politischen Krise durch. Unter Pavel, dem orthodoxen Metropoliten von Minsk, der der Initiative der gläubigen Frauen folgte, die mit den Gebeten nahe der Kathedrale begonnen hatten, wurden Gebete für Belarus ein tägliches Ereignis. Der neue Leiter der Belarusischen Orthodoxen Kirche, Metropolit Veniamin von Minsk, Pavels Nachfolger, rief die Gemeinde zwei Mal auf, während mehrerer Tage zu fasten. Gebete und Prozessionen fanden in vielen Gemeinschaften in ganz Belarus statt, obwohl sogar Gebete für Belarus gefährlich wurden: In Vaukavysk wurden ca. 15 Teilnehmer eines Gebets für Belarus, das in der orthodoxen Kirche der Hl. Method und Kirill durchgeführt wurde, festgenommen.

Priester zeigten auch Barmherzigkeit und drückten Solidarität mit den Leidenden aus. Seit den ersten Tagen des Protests schloss sich der griechisch-katholische Priester Ihar Kandratsieu den Protestierenden in Brest mit Gebeten und Worten der Unterstützung an, verbrachte Tage auf den Straßen der Stadt und an den Mauern des lokalen Gefängnisses, wo er sich um die Freilassung der geschlagenen Gefangenen bemühte. Dafür wurde er unter Druck gesetzt und mit dem Verlust der Registrierung seiner Gemeinschaft bedroht. Orthodoxe, katholische und protestantische Priester trafen sich ebenfalls an den Mauern von Strafanstalten, wo Gefangene und Verhaftete festgehalten wurden. Im Zeltlager der Freiwilligen nahe des Akrestsina-Gefängnisses gab es eine Gebetsecke. In Hrodna und Minsk versuchten orthodoxe und katholische Priester den Gefangenen Wasser, Essen, Dinge des täglichen Bedarfs und Hygieneartikel zukommen zu lassen. Priester

kamen ins Gericht – nach Vaukavysk kamen orthodoxe Priester aus verschiedenen Städten in Belarus, um ihren Kollegen, Priester Alexander Bogdan, zu unterstützen, dem zwei Mal der Prozess gemacht wurde. Priester von vier christlichen Konfessionen kamen an die Gerichtsverhandlung des bekannten Chirurgen und Gläubigen, Alexander Tsylyndz, nach Hrodna.

Einige Priester gingen auch hinaus, um offen gegen die Gewalt und Gesetzlosigkeit zu protestieren. Am 13. August ging der orthodoxe Priester Vladimir Drabyscheuski in Homel mit dem Plakat „Stoppt die Gewalt“ auf die Straße. Im September wurde er zwei Mal nacheinander verurteilt und für 25 Tage inhaftiert. Am ersten Abend nach den Wahlen am 9. August wurden zwei römisch-katholische Priester des Dehonianer-Ordens inhaftiert: Eduard Sinkevitsch (zehn Tage) und Alexander Fedotov (acht Tage). In verschiedenen Städten standen Priester in Solidaritätsketten und unterstützten friedliche Menschen und in Lida spendierten orthodoxe Priester Frauen Eiscreme. Viele öffneten die Tore von orthodoxen und katholischen Kirchen, damit friedliche Demonstranten vor der ungerechten Gewalt und Brutalität der Polizei fliehen konnten, und traten vor die Kirchen, um mit der Polizei zu sprechen (in Zhodzina, Lida, Hrodna und Minsk), aber das half nicht immer. So blockierte die Polizei am 26. August friedliche Demonstrant*innen und Journalist*innen in der Roten Kirche der Hl. Simeon und Helena in Minsk, und am 11. September wurden mehrere gläubige Frauen beim Eingang der Kirche brutal festgenommen.

Zudem posteten Priester in den sozialen Netzwerken und auf Blogs, hielten Predigten, sprachen in den Medien, schrieben Gedichte, aber – und das ist am wichtigsten – hörten sich zahlreiche Geschichten von Gewalt und Folter an, hielten Menschen an der Hand, umarmten sie, wischten ihre Tränen weg, weinten mit den Weinenden, trösteten die Trauernden, beteten für die körperlich und geistig Verwundeten, gewährten materielle Unterstützung und standen zu ihren Gemeindemitgliedern. In seinem Videoblog auf YouTube teilte Vjatscheslau Barok, ein römisch-katholischer Priester aus der Kleinstadt Rasony, zwei Mal wöchentlich seine Überlegungen zur Enzyklika „Fratelli Tutti“ und wandte die Soziallehre der Kirche auf unser tägliches Leben an. Am 12. November 2020 bestellte das lokale Untersuchungskomitee den Priester zum Verhör ein. Ihm droht nun eine Anklage.^[6]

In ihren offiziellen Statements riefen die belarussischen Kirchen zu Dialog und Frieden auf. Am 16. August verkündete der Hl. Synod der Belarussischen Orthodoxen Kirche, die Gewalt müsse beendet werden.^[7] Im August wandten sich 50 protestantische Pastoren an die Menschen in Belarus.^[8] Dieser Versuch, zu einer friedlichen Lösung der Krise beizutragen, ist lobenswert. Der Haupttreiber des Dialogs, der auf verschiedenen Wegen eine „Architektur der Welt“ (§ 231), die funktionieren könnte, zu finden versuchte, war Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz.

Er äußerte sich als erster am 11. August, verkündete die Notwendigkeit eines Dialogs^[9] und rief einige Tage später die Behörden auf, „einen konstruktiven Dialog mit der Gesellschaft aufzunehmen, die Gewalt zu beenden und alle unschuldigen Zivilisten, die an friedlichen Kundgebungen verhaftet wurden, freizulassen“^[10]. Am 21. August initiierte Erzbischof Kondrusiewicz sogar ein Treffen mit dem Innenminister Juryj Karajev an, um persönlich Fragen zur ungehemmten Gewalt der Polizisten gegenüber Zivilisten zu stellen. Erzbischof Kondrusiewicz versuchte alle möglichen Mittel zu nutzen, um die Situation zu lösen und Spannung abzubauen – durch Gebete, interreligiöse Zusammenarbeit, Aufrufe zum Dialog und Appelle an die staatlichen Behörden. Tadeusz Kondrusiewicz wurde zu einem Beispiel für einen religiösen Anführer unter denen, die berufen sind, „wahre Dialogpartner zu sein“ (§ 284). Er wurde zu einem Beispiel für einen „authentischen Mittler“, der, indem er seine Stimme zur Notwendigkeit des Dialogs erhebt, „sich bis zum Ende großzügig hingibt, wissend, dass sein einziger Gewinn der Frieden sein wird“ (§ 284). Er repräsentierte eine Kirche, die dient, die aufbricht, die aus ihren Kirchen herausgeht, die aus ihren Sakristeien herausgeht, um das Leben zu

begleiten, die Hoffnung zu unterstützen und Zeichen der Einheit [...] zu sein [...], um Brücken zu spannen, Mauern zu durchbrechen und Versöhnung auszusäen“ (§ 276). Aber auf seine Worte über Frieden, Dialog, Barmherzigkeit, Wahrheit und Gewaltlosigkeit antworteten die Behörden mit Repression und sagten, dass es nicht Sache der Kirche sei, sich „in die Politik einzumischen“^[11] – und der Erzbischof fand sich im Exil wieder, wo er sich jetzt seit mehr als zwei Monaten befindet.

Wir, das belarusische Volk, wollen Dialog. Für unseren Teil haben wir eine Dialogplattform geschaffen – den Koordinierungsrat, in dem maßgebliche Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Medien, Sport und Wohltätigkeit vertreten sind, und auch die religiösen Gemeinschaften waren zur aktiven Teilnahme eingeladen. Im Koordinierungsrat gibt es eine Arbeitsgruppe Christliche Vision, die von Theolog*innen, Priestern und aktiven Gläubigen der orthodoxen, katholischen und protestantischen Kirchen geschaffen wurde. Sie ist ein Beispiel für ökumenische Kooperation und Dialog für das Allgemeinwohl.

Wir streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit, einem Ende der Gewalt und der Freilassung der politischen Gefangenen sowie nach neuen, fairen, gerechten und demokratischen Wahlen. Dies ist nicht ein Kampf zwischen politischen Ideologien und Clans, Parteien und Gesellschaftsgruppen. Es ist der Wunsch, in einer Gesellschaft zu leben, die auf einem soliden Fundament von Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Dialog erbaut ist. Es ist nicht nur unser Recht, sondern es ist jetzt unsere Pflicht, weil Frieden und Vergebung nicht, wie Sie selbst sagen, Gerechtigkeit für diejenigen, die Ungerechtigkeit unterworfen sind, „verbieten“, die Verteidigung ihrer Recht nicht „verbieten“, „sondern sie sogar verlangen“ (§ 241).

Aber wie sollen wir diesen Dialog aufbauen? Wie können wir Gerechtigkeit fordern, wenn eine Partei – diejenige mit Waffen und Macht – gestohlene Stimmen nicht zurückgeben oder die Gerechtigkeit wiederherstellen oder die Gewalt und Repression beenden wird, sondern nur vorschlägt „weiterzugehen“, „das Kapitel abzuschließen“, die Ungerechtigkeit zu akzeptieren, weil sie sagt, es sei nötig, „vorwärts zu blicken“ (§ 249).

Wir blicken auch auf die Zukunft und träumen von der Zukunft, aber unsere Vision des neuen Belarus ist eine Vision einer geschwisterlichen Gemeinschaft der Solidarität und gegenseitigen Hilfe, die wir selbst erfahren haben und weiterhin erfahren und die unsere Hoffnungen für die Zukunft nährt.

Trotz aller Repression und Gewalt ist der Protest weiterhin friedlich; mehr noch, der Geist von gegenseitiger Hilfe und Solidarität wächst darin wie Hefe im Teig. Unsere Augen haben bereits gesehen, unsere Ohren haben schon gehört, unsere Hände haben schon berührt, unsere Münder hatten schon einen Vorgeschmack der Gemeinschaft, die Belarus sein könnte. Wir wissen, was wir wollen und wonach wir streben – ein neues geschwisterliches, vereintes, integratives Belarus, eines, das in unseren Stadtvierteln schon existiert, in denen Nachbarn einander gestern nicht kannten und sich heute zum Teetrinken versammeln, einander zu Kuchen einladen, zusammen singen und tanzen. Es existiert in der Wirtschaft: in privaten Medizinzentren, die Opfer von Polizeigewalt gratis untersuchen und behandeln, in Blumenläden, die Frauen Blumen geben, in Konditoreien, die Menschen Süßigkeiten spendieren, und in Werkstätten, die Autos gratis reparieren. Diese Gemeinschaft zeigt sich in einem Straßenchor von Rentner*innen, die die spirituelle Hymne „Mahutny Bozha“ (Allmächtiger Gott) singen, in Vorlesungen von Philosoph*innen auf Spielplätzen, im aufrichtigen Gebet orthodoxer und protestantischer Gläubiger bei der Roten Kirche zur Unterstützung für den verbannten katholischen Erzbischof. Sie wird in Arbeiterteams, Vorlesungssälen, Kunstateliers, Gebetskreisen und Dorfkлубs geboren. Die Gesichter und Taten der friedlichen belarusischen Bewegung sind so unterschiedlich, „in die Millionen großer und kleiner Aktionen einfließen, die kreativ miteinander verbunden sind, wie in einem Gedicht“ (§ 169), aber wir alle leben mit einem Traum und einer Vision: der geschwisterlichen Gemeinschaft.

Drei Monate nach dem Beginn der Proteste geschah eine weitere Tragödie. Am 11. November wurde der 31-jährige Künstler und Aktivist Raman Bandarenka im Hof seines Hauses von Unbekannten entführt und landete auf dem Polizeiposten. Von dort wurde er im Koma in ein Krankenhaus gebracht, nachdem er schwer geschlagen worden war. Am nächsten Tag starb er. Ramans Tod schockierte die ganze belarusische Gesellschaft. Gläubige verschiedener Traditionen – orthodoxe, römisch- und griechisch-katholische, protestantische und andere – versammelten sich, um für seine Seele zu beten. An der Messe in der katholischen Kathedrale von Minsk waren nicht weniger Menschen als an Weihnachten und Ostern. Am Sonntag, 15. November, kamen Menschen aus ganz Minsk in den Hof, wo Raman gelebt hatte, um seiner zu gedenken. Doch die Behörden reagierten sehr scharf, mehr als tausend Teilnehmer der Trauerprozession wurden verhaftet und die spontane Gedenkstätte mit Kerzen und Blumen wurde zerstört. Es gibt immer mehr Opfer, aber der Staat sieht das Problem nicht; kein einziges Strafverfahren wurde gegen die Verantwortlichen für diese Gräueltaten aufgenommen. Stattdessen hat die Generalstaatsanwaltschaft Vikarbischof Juryj Kasabutski und Vater Sergey Lepin, den Pressesekretär der Belarusischen Orthodoxen Kirche, mit einer Warnung bestraft, weil sie die Zerstörung des Mahnmals öffentlich verurteilt hatten. Der Tod von Raman und das Leiden all der Menschen lässt uns nicht aufhören, sondern lässt uns nach Antworten auf unsere Fragen suchen...

Wie viel länger müssen wir diesen Weg noch gehen? Wie viele werden noch verhaftet, entlassen, geschlagen und des Landes verwiesen werden, bis unsere Stimme von den Behörden gehört wird? Wer wird uns helfen, uns zu erheben und unsere Wunden zu heilen? Wer wird uns helfen, die Gerechtigkeit wiederherzustellen? Wann wird Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, der versuchte, die Stimme der Kirche und des Volks zu sein, nach Belarus zurückkehren? Wird es der Stimme der Kirche und der Stimme des Volks gelingen, gepanzerte Autoscheiben, die Schilder der Polizei und das ausgeschaltete Internet zu durchbrechen? Welches prophetische Wort hat die Macht, diese Mauern einzureißen und Brücken zu bauen?

Im Namen des belarusischen Volks bitten wir Sie um Ihre heiligen Gebete und Ihr aufrichtiges Wort der Wahrheit und Gerechtigkeit, das für uns alle ein Segen sein wird,

Svjatlana Tsichanouskaja
Anführerin des demokratischen Belarus

Übersetzung aus dem Englischen: Natalija Zenger.

Bild: Svjatlana Tsichanouskaja im Juli 2020. (© Serge Serebro, Vitebsk Popular News, [CC BY-SA 4.0](#))

^[1] <https://catholic.by/3/news/belarus/11996-vyjstse-adno-shukats-pra-du-b-skup-v-tsebsk-aleg-butkev-ch-vystup-sa-zvarotam-z-nagody-masavykh-pratesta-u-kra-ne>.

^[2] <https://catholic.by/3/news/belarus/12014-zvarot-artsyb-skupa-tadevusha-kandrusevcha-da-dzyarzha-nykh-ulada-respubl-k-belarus>.

^[3] <https://belarus2020.churchby.info/obrashhenie-arxiepiskopa-artemiya-grodnenskogo-i-volkovysskogo/>; <https://belarus2020.churchby.info/offentlicher-appel-von-artemij-erzbischof-von-grodno-und-volkovysk/>.

^[4] <https://www.ekd.de/bild-der-schuetzenden-und-schirmenden-maria-ist-wie-ein-vorbild-59577.htm>.

^[5] <https://belarus2020.churchby.info/kazan-biskupa-yuryya-kasabuckaga-generalnaga-vikaryya-minska-magilyo%25D1%259Eskaj-arxidyyacezii-5-09-2020/>.

^[6] <https://www.youtube.com/watch?v=CajfYcdOOzq>.

^[7] <http://www.church.by/news/obrashenie-sinoda-belorusskoj-pravoslavnoj-cerkvi-k-narodu-respubliki-belarus-o-prekrashenii-narodnogo-protivostojanija>.

^[8] <https://belarus2020.churchby.info/otkrytoe-obrashhenie-evangelskix-protestantskix-cerkvej-k-narodu-belarusi/>.

^[9] <https://catholic.by/3/news/belarus/11991-zvarot-artsyb-skupa-tadevusha-kandrusev-cha-suvyaz-sa-skladana-j-gramadska-pal-tychnaj-s-tuatsyyaj-u-belarus>.

^[10] <https://catholic.by/3/news/belarus/12014-zvarot-artsyb-skupa-tadevusha-kandrusev-cha-da-dzyarzha-nykh-ulada-respubl-k-belarus>.

^[11] <https://www.belta.by/president/view/lukashenko-hramy-kostely-ne-dlja-politiki-403780-2020>.

Sprecher der orthodoxen Kirche zurückgetreten

11. Dezember 2020.

Erzpriester Sergey Lepin, der Leiter der synodalen Informationsabteilung der Belarusischen Orthodoxen Kirche (BOK), ist von seinem Posten zurückgetreten. Er habe seinen [Rücktritt „auf eigenen Wunsch“ eingereicht](#). Nach fast zehn Jahren auf diesem Posten liege ihm das Wohlergehen der Informationsabteilung sehr am Herzen und er hoffe, dass es seinem Nachfolger gut ergehe. Seinen Dienst in der BOK setze er fort, aber in etwas anderer Funktion. Nähere Gründe für seinen Rücktritt gab Lepin nicht an.

Auf der [Website der BOK](#) wurde lediglich mitgeteilt, dass Metropolit Veniamin (Tupeko) von Minsk Lepins Rücktrittsgesuch angenommen habe und ihm für seine langjährige Arbeit danke. Zum neuen Leiter der synodalen Informationsabteilung ernannte Veniamin Mönchpriester Afanasij (Sokolov). Kurz vor seinem Rücktritt war Lepin von [der belarusischen Generalstaatsanwaltschaft verwarnt](#) worden. Grund dafür war, dass er auf Facebook die Zerstörung eines Mahnmals für Raman Bandarenka, einen ermordeten Demonstranten, durch die Sicherheitskräfte kritisiert hatte. Am 23. November hat zudem offenbar der Erzbischof Gurij (Apalko) von Navahrudak und Slonim den [Geistlichen seiner Eparchie verboten, an politischen Aktionen teilzunehmen](#) und sich politisch zu äußern.

Die römisch-katholischen Bischöfe von Belarus veröffentlichten am 25. November [ein Statement gegen Gewalt](#). Darin verurteilen sie „Gewalt, Gesetzlosigkeit, Ungerechtigkeit und Unwahrheit“ und rufen zu einer „friedlichen Lösung der aufgetretenen Probleme auf dem Weg des Dialogs und im Geist der Liebe zu Gott und dem Nächsten sowie der Befolgung der göttlichen und menschlichen Gesetze“ auf. (NÖK)

Generalstaatsanwaltschaft droht Geistlichen

26. November 2020.

Die Generalstaatsanwaltschaft von Belarus hat Erzpriester Sjarhej Lepin, den Leiter der synodalen Informationsabteilung der Belarussischen Orthodoxen Kirche (BOK), und Bischof Juryj Kasabuzki von der römisch-katholischen Kirche in Belarus wegen

angeblichen Schürens gesellschaftlicher Spannungen verwarnt. Beide hatten zuvor [in den sozialen Netzwerken](#) die Zerstörung des Mahnmals für Raman Bandarenka, einen umgekommenen Demonstranten, durch die Sicherheitskräfte kritisiert.

In ihren Aussagen würden „wissentlich in kategorisch aggressivem Ton bestimmte Begriffe und Wendungen verwendet, die bewusst das Niveau der Spannungen in der Gesellschaft erhöhen, Hass gegenüber Vertretern der Staatsmacht, darunter die Sicherheitskräfte, und als Folge davon Feindseligkeit in Verhältnis zu bestimmten sozialen Gruppen der Bevölkerung schüren“, so die Generalstaatsanwaltschaft. Dieses Vorgehen sei „unzulässig und inakzeptabel“, da es der Rolle der Kirchen nicht entspreche und die Bürger zu „Aggression“ und „illegalen Handlungen“ anstachle. Das Handeln der Geistlichen widerspreche außerdem Art. 16 der Verfassung, der es religiösen Organisationen und ihren Vertretern verbietet, entgegen dem „gesellschaftlichen Frieden“ zu handeln.

Lepin hatte auf Facebook geschrieben, er verstehe nicht, „wozu dieser Hohn über die Portraits des Umgebrachten, über die Blumen zu seinem Andenken, wozu diese satanische Missachtung von Lampen und Ikonen, der Kampf mit der improvisierten Gedenkstätte im Hof seines Hauses, entlang der Straßen? Was ist der Sinn? Es war nicht genehmigt? Aber dieses Verhalten und diese Haltung sind genehmigt? Von wem?“. Bischof Kasabuzki fand, das Verhalten der Sicherheitskräfte zeige eine wachsende Angst der Staatsmacht vor dem Volk. Dabei kritisierte er die Gewalt der Sicherheitskräfte gegen friedliche Bürger. Die zahlreichen Verhaftungen sollten wohl andere Menschen einschüchtern, aber „all diese Repressionen machen uns nur stärker“, erklärte er und rief zu Gebeten für das Volk, seine Geistesstärke und seinen Mut auf.

Bandarenka war am 11. November in Minsk unter Gewaltanwendung verhaftet und wenig später von den Sicherheitskräften mit einem Hirnödem ins Krankenhaus gebracht worden. Am folgenden Tag starb der junge Mann. Die Behörden behaupten entgegen Augenzeugenberichten, die Polizei sei zu einer Schlägerei gerufen worden, wo sie Bandarenka verletzt und betrunken vorgefunden habe. Am 13. November [veranstaltete die katholische Kirche in Minsk einen Gedenkgottesdienst](#) für Bandarenka, zu dem Hunderte Menschen kamen. Geleitet wurde der Gottesdienst von Bischof Kasabuzki. Dabei beklagte er die Gewalt, die immer mehr werde, betonte aber auch, wie wichtig verzeihen sei. Er rief die Menschen dazu auf, „in ihrem Herzen keinen Hass zu bewahren“. Zur [Totenliturgie in der Auferstehungskirche](#) in Minsk kamen ebenfalls zahlreiche Menschen. Sie nahmen den ganzen Platz vor der Kirche ein, in den umliegenden Straßen kam es zu Staus. Insgesamt versammelten sich Tausende Menschen, um sich von Bandarenka zu verabschieden. (NÖK)

Aufbruch ins Ungewisse: Die Kirchen und die Proteste in Belarus

12. November 2020. Hintergrund



Der Tag der Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 war für die belarussische Gesellschaft ein Wendepunkt. Die beispiellosen Schlangen vor den Wahllokalen zeigten für jeden sichtbar die aufgeladene Stimmung in der Gesellschaft. Selbst jemand, der mit blockiertem Internet zuhause blieb, konnte abends und nachts den Lärm der Blendgranaten und die hupenden Autos nicht überhören. Dies war eine neue Erfahrung, und frühere Verhaltensmuster funktionierten nicht mehr. Vor dieser Herausforderung standen und stehen auch die Kirchen.

Zögerliche Reaktion der orthodoxen Kirche nach der

Wahl

Nach der ersten dramatischen Nacht schwiegen sowohl die orthodoxen als auch die katholischen Führungspersonlichkeiten.^[1] Der erste, der das Schweigen brach, war [Patriarch Kirill von Moskau](#), der am Abend des 10. August Aleksandr Lukaschenka zur Wiederwahl gratulierte und ihn für die „Aufmerksamkeit für den moralischen Zustand der Menschen“ und für die „fruchtbare Kooperation der staatlichen Behörden mit dem belarussischen Exarchat“ lobte. Mit diesem Statement gab der Patriarch die Richtung vor und zeigte der verwirrten Belarussischen Orthodoxen Kirche (BOK), die dem Moskauer Patriarchat untersteht, wie sie reagieren sollte. Metropolit Pavel (Ponomarjov) folgte einerseits dem Patriarchen und veröffentlichte eine „[herzliche Gratulation](#)“ an [Lukaschenka](#), der die „Hoffnung auf den Schutz der Souveränität, die Bewahrung des nationalen geistlichen und kulturellen Erbes, die Stärkung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stabilität“ verkörpere. „Wir glauben“, verkündete der Metropolit optimistisch, „dass die künftige Arbeit des staatlichen Systems von Belarus [...] auf der Basis ewiger spiritueller und moralischer Werte, die im Schoß der christlichen Tradition gebildet wurden, erfüllt werden wird.“

Andererseits brach Kirills Impuls die Konstruktion der Kirche, die auf hierarchischer Disziplin gründet, auf: Für viele orthodoxe Priester und Gläubige klangen die Gratulationen und Formulierungen über die fruchtbare Kooperation und das spirituelle Erbe angesichts der aktuellen Situation ungeheuerlich, wenn nicht gar zynisch. Schließlich war es am Abend des 10. August, als die Polizei mit Gummischrot auf Journalisten schoss, die über die Proteste auf der Kalvaryjskaja Straße berichteten, und als der unbewaffnete Demonstrant Aljaksandr Tarajkouskij, das erste Opfer der Polizeigewalt, bei der Puschkinskaja Metrostation von einer Blendgranate getötet wurde. Das frustrierte auch viele orthodoxe Gläubige, so dass mehrere Priester und aktive Laien in sozialen Netzwerken der Kirchenleitung widersprachen. In den sozialen Netzwerken kam es zu spontanen Diskussionen, was wir als Orthodoxe in der aktuellen Situation tun können, wenn die Stimme der Kirche, vertreten durch die Hierarchie, so deutlich das Regime unterstützt, das nicht nur die Wahlergebnisse gefälscht hat, sondern auch brutale Gewalt und Folter gegen friedliche Demonstranten anwendet.

Am Abend des 12. August initiierte eine informelle Laiengruppe von orthodoxen Frauen für den nächsten Tag ein interkonfessionelles Gebet und eine Prozession im Zentrum von Minsk, zwischen der orthodoxen und der römisch-katholischen Kathedrale. Der anonyme Aufruf dazu tauchte in sozialen Netzwerken, auf Telegram und in Viber-Chats auf und ging schnell viral. Orthodoxe und Katholiken wurden aufgefordert, Ikonen mitzubringen, Protestanten waren aufgerufen, Bibeln mitzunehmen. Am 13. August versammelten sich rund 200 Personen, darunter Katholiken mit Prozessionsfahnen, mehrere protestantische Pastoren und ein orthodoxer Priester, Alexander Schramko. Einige Personen trugen

Plakate mit der Aufschrift „Wir sind gegen Gewalt“.

Die offizielle Kirchenleitung warnte indes davor, dass das angekündigte Gebet von der Kirche nicht bewilligt sei. Vor dessen Beginn drängte ein Priester der orthodoxen Kathedrale die orthodoxen Gläubigen dazu, an einen orthodoxen Gottesdienst in die Kirche zu kommen, um die Initiative in geregelte Bahnen zu lenken, während die Nicht-Orthodoxen verwirrt draußen blieben. Trotzdem gelang es der Gruppe schließlich, sich zu einem offenen Gebetskreis zu versammeln, den die protestantischen Pastoren Jaroslav Vjasovskyj und Taras Telkovskyj sowie der orthodoxe Priester Schramko leiteten. Die Prozession mit Kirchenfahnen, Ikonen und Bibeln durch das Stadtzentrum war ein aufsehenerregendes Ereignis und ein starkes Beispiel für eine religiöse Graswurzelinitiative. Die Teilnehmenden waren zugleich enthusiastisch und frustriert. Voller Begeisterung entschieden sie, das Gebet täglich abzuhalten. Frustriert waren sich jedoch von der Position ihrer Kirche, und daher richteten die orthodoxen Teilnehmerinnen einen offenen Brief an Metropolit Pavel. Unterschrieben war er von der jungen Orthodoxen Anastasia Nekrashevitsch, die leidenschaftlich ihr Leid und ihre Verärgerung über die kirchlichen Haltung mitteilte und die Hierarchen einlud, sich am nächsten Tag dem Gebet anzuschließen.

Unerwartet erschien Metropolit Pavel am nächsten Tag tatsächlich, um das Gebet in der Kathedrale abzuhalten. Obwohl dies wieder die orthodoxen Teilnehmer vom Rest der Gruppe trennte, blieb der Metropolit auch nach dem Gebet, um mit den Menschen zu reden. Die Gläubigen – mehrheitlich Frauen – beschwerten sich emotional beim Metropoliten über das Ausmaß der Repressionen und der Gewalt in Belarus, zeigten Bilder von Gefolterten auf ihren Mobiltelefonen und drückten ihre Enttäuschung über das Fehlen einer angemessenen Kirchenreaktion und Pavels persönliche Gratulation an Lukaschenka aus. Während des Gesprächs bat Metropolit Pavel die Frauen um Verzeihung dafür, dass seine „Gratulation diese schmerzhaften Gefühle und Leiden auslösen konnte“. Diese Aussage, die von den Medien in zugespitzter Form von „Metropolit Pavel bittet für Gratulation an Lukaschenka um Entschuldigung“ bis zu „Das Oberhaupt der BOK hat seine Gratulation an Lukaschenka zurückgezogen“ verbreitet wurde, wurde ihm zum Verhängnis, obwohl der Pressedienst der BOK die Statements zu bestreiten versuchte. Zudem [verurteilte der Hl. Synod der BOK](#) am 15. August, *„kategorisch Gewalt, Folter, Erniedrigung, grundlose Verhaftungen, Extremismus in allen Formen [...], Lügen und Meineid“* und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass *„die Regierung des Landes, die von Rechts wegen ihr Volk zu respektieren und beschützen berufen ist, die Gewalt beendet, die Stimmen der Verletzten und unschuldigen Opfer der Konfrontation hört und diejenigen, die Brutalität und Grausamkeit gezeigt haben, einem legitimen Gericht und Urteil übergibt.“* Nicht einmal der Bezug auf ungenannte „Provokateure und Anstifter, die auf eine Destabilisierung unseres Landes und Spaltung unseres Volkes abzielen“, half, die Stärke der Botschaft an das Regime zu mindern. Nachdem Metropolit Pavel am 17. August verletzte und traumatisierte Demonstranten in einem Krankenhaus besucht hatte und darauf bestand, dass die Kirche die Gewalt verurteilt, war sein Schicksal besiegelt. Nicht nur empörte sich Lukaschenka, auch der Hl. Synod der ROK entschied an seiner Sitzung vom 25. August, Pavel vom Posten des Leiters der BOK abzulösen und ihn an die Spitze der Metropolie Kuban in Russland zu stellen. Die Entwicklung Pavels von seiner anfänglichen Gratulation an Lukaschenka bis zu seinem Besuch bei den hospitalisierten Demonstranten geschah in nur einer Woche und mündete in sein Karriereende in Belarus einerseits und in wachsenden Respekt seitens der Zivilgesellschaft andererseits.

Katholische Kirche unterstützt Protestierende

Die Entwicklung seines katholischen Gegenübers, Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, verlief weniger dramatisch, da sie von einer anderen Ausgangslage begann. Statt Lukaschenka zu gratulieren, veröffentlichte Kondrusiewicz, der immer eine gewisse Distanz zu den Staatsorganen gewahrt hatte, [am 11. August einen Aufruf „anlässlich der schwierigen sozio-politischen Situation in Belarus“](#). Dieser verurteilte die Gewalt „aller Seiten des Konflikts“, rief zum Dialog auf und schlug vor, „sofort einen besonderen

Runden Tisch“ als Alternative zu den Barrikaden zusammenzurufen. Drei Tage später [veröffentlichte Kondrusiewicz einen weiteren Appell](#), dieses Mal nicht an „alle Seiten des Konflikts“, sondern einzig an die staatlichen Behörden. Darin aktualisierte der katholische Erzbischof seine Position und anerkannte, dass die Proteste und Demonstranten friedlich und von der „Absicht, die Wahrheit über die Präsidentenwahl vom 9. August zu kennen“ motiviert und deshalb legitim seien. Er betonte, dass es *„das Recht der Menschen ist, die Wahrheit zu suchen, die für niemandes politische oder opportunistische Interessen geopfert werden darf“*, und dass Grausamkeit gegen diese Menschen *„eine schwere Sünde auf dem Gewissen derjenigen ist, die illegale Befehle erteilen und Gewalt ausüben.“* Wieder rief er zum Dialog auf, aber während er in seinem ersten Appell eher zu einem Ende der Barrikaden aufgerufen hatte, verschob er nun seinen Fokus mehr auf die Verantwortung der Behörden, *„einen konstruktiven Dialog mit der Gesellschaft aufzunehmen, um die Gewalt zu beenden, und alle unschuldigen Bürger, die während der Massenkundgebungen verhaftet wurden, freizulassen.“*

Am 21. August leitete Erzbischof Kondrusiewicz an den Mauern des Isolationszentrums an der Akrestina-Straße, die zu einem Symbol der Folter geworden ist, ein Gebet. Am nächsten Tag bat er Innenminister Juryj Karajev um ein Gespräch über die Situation der Festgenommenen und Inhaftierten. Er verlangte erstens, dass Priestern Besuche bei den Verhafteten erlaubt werden, und zweitens, dass diese freigelassen werden. Das Treffen mit dem Minister fand am 22. August statt, dem Tag von Lukaschenkas Rede in Hrodna, bei der dieser die vermeintliche Einmischung der Kirchen in die Politik kritisierte. Bei dem Treffen mit dem Innenminister äußerte sich der Erzbischof besorgt über die massenhafte Gewalt und Folter, doch der Minister bestritt die Zwischenfälle. Schließlich machte Kondrusiewicz, schon unterwegs zu einem Arbeitsbesuch nach Polen, gegenüber der Presse seiner Frustration über die Dialogversuche Luft: Während die Kirchen und die Opposition den Dialog suchten, würden ihn die staatlichen Behörden verweigern. Zudem rief er die polnische Regierung und die EU auf, eine Vermittlerrolle einzunehmen.

Daraufhin wurde Kondrusiewicz bei seiner Rückkehr die Wiedereinreise nach Belarus unter dem Vorwand verweigert, sein Pass sei ungültig. Als belarussischer Staatsbürger dürfte Kondrusiewicz eigentlich nicht daran gehindert werden, ins Land einzureisen, zumal die Behörden keine stichhaltige Erklärung für die Behandlung des Hierarchen lieferten. Es ist offenkundig, dass die verweigerte Einreise in Zusammenhang mit den Bemühungen des Erzbischofs zur Lancierung eines Dialogs zwischen Gesellschaft und Regierung steht. Kondrusiewicz hatte auch die Unterstützung anderer Religionsgemeinschaften zu gewinnen und sie zu motivieren versucht, mit vereinten Kräften Druck auf die Behörden auszuüben. Ihm gelang ein interreligiöses Gebet für die Lage in Belarus zu organisieren, an dem nicht nur Vertreter der christlichen Kirchen, sondern auch der jüdischen und muslimischen Gemeinschaft teilnahmen. Das Gebet könnte der Ausgangspunkt für den Aufbau einer Art religiösen Netzwerks sein. Allerdings geht das nicht ohne klare Unterstützung der orthodoxen Mehrheitskirche, die aber die Bedeutung des Ereignisses und der Bemühungen des Erzbischofs minderte, indem sie nur einen gewöhnlichen Priester als Vertreter zum Gebet schickte. Außerdem zeigte die offizielle orthodoxe Kirche keine Solidarität mit Kondrusiewicz, als ihm die Einreise nach Belarus verweigert wurde.

Potential der Kirchen

Der belarussische Politologe Artjom Schraibman kommt bei seinen Überlegungen zur Überwindung der aktuellen politischen Krise zum Schluss, dass die Kirchen als Plattform für einen Dialog zwischen dem Regime und der Gesellschaft dienen könnten. Doch das Schicksal der Oberhäupter der beiden größten Religionsgemeinschaften in Belarus, von Metropolit Pavel und Erzbischof Kondrusiewicz, lässt solchen Hoffnungen wenig Raum. Die Kirchen sind dem Regime nur dann willkommen, wenn sie auf seiner Seite stehen. Sobald der Grad an Loyalität sinkt und die Kirchen und deren Oberhäupter eine unabhängige Rolle zu spielen beginnen, fängt der Staat an, sie gleich wie alle anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen zu behandeln: mit Misstrauen und Repressionen.

Nur wenn sie ihre Unabhängigkeit vom Staat vergrößern, können die Kirchen die Rolle von starken Vertretern der Zivilgesellschaft einnehmen. Die Krisensituation und die Konfrontation sind in diesem Sinn positiv für die Kirchen, da sie sie auf ihrer Suche nach einer Identität gegenüber dem Staat und der Zivilgesellschaft anspornen.

Natallia Vasilevich, Direktorin des kulturellen Bildungszentrums *Ecumena* in Minsk, Doktorandin an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Mitglied des Koordinierungsrats der Oppositionskandidatin Svjatlana Zichanouskaja.

Übersetzung aus dem Englischen: Natalija Zenger.

^[1] Zur Position der Kirchen vor den Wahlen vgl. [Vasilevich, Natallia: Position der Kirchen in Belarus vor den Wahlen. NÖK 4. September 2020.](#)

Bild: Protest in Minsk am 18. Oktober 2020 (©Homoatrox, [CC BY-SA 3.0](#))

Lukaschenka droht den Kirchen

12. November 2020.

Alexander Lukaschenka hat den Religionsgemeinschaften indirekt gedroht, gegen sie vorzugehen, sollten sie sich gegen den Staat wenden. Bei einem Treffen mit dem Oberhaupt der Belarussischen Orthodoxen Kirche (BOK), Metropolit Veniamin (Tupeko), zeigte er sich stolz auf den [interreligiösen Frieden im Land, den er verteidigen](#) werde. Sollte „irgendeine Organisation in Belarus, ob zivilgesellschaftlich oder religiös, auf die Zerstörung des Staats zielen, werde ich natürlich gezwungen sein, darauf zu reagieren“, erklärte Lukaschenka. Als Staatsoberhaupt sei es seine verfassungsmäßige Pflicht, den Staat zu schützen.

Das Treffen war die erste offizielle Begegnung zwischen Lukaschenka und dem neuen Oberhaupt der BOK. Dabei wurden unter anderem aktuelle staatliche und gesellschaftliche Probleme, Fragen der interreligiösen Beziehungen und der religiösen Bildung besprochen. Im Anschluss [erklärte Metropolit Veniamin gegenüber Journalisten](#), sie hätten auch über das Verhältnis zu Russland und westlichen Ländern gesprochen und darüber, dass es wichtig sei, den „Frieden zu bewahren, damit das Land souverän sein und sich selbstständig entwickeln kann“. Angesprochen auf Geistliche, die klare Wertungen über die aktuellen Ereignisse abgeben, sagte er, jeder habe das Recht auf eine eigene Meinung. Aber „wir müssen verstehen, wann und wie wir unsere Position ausdrücken“. Die Kirche sei ein Ort, an dem Menschen unterschiedlicher Überzeugungen und Ansichten zusammentreffen. Sie alle müssten sich dort wohlfühlen, die Worte und Handlungen von Geistlichen dürften nicht spaltend auf die Gesellschaft wirken.

Lukaschenka warf zudem Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, dem Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche in Belarus, vor, er sei nach Polen gereist, um Ratschläge zur Zerstörung von Belarus zu erhalten. Bischof Juryj Kasabuzki, Generalvikar der Erzdiözese Minsk, wollte die Vorwürfe nicht kommentieren, da er [seine Meinung dazu](#) schon „mehrmals öffentlich und offiziell“ geäußert habe. Diese Falschaussage sei eine „durch absolut nichts begründete Lüge, die keiner Kritik standhält. Das ist ein politisches Spiel, mehr nicht“, schrieb Kasabuzkij auf Facebook. Die katholische Kirche stelle sich gegen Gewalt und Erniedrigung, bete für politische Gefangene, setze sich gegen Repressionen und Verfolgungen, die Verletzung von Menschenrechten und der Menschenwürde sowie Diskriminierung ein. Außerdem rufe sie zu „Einheit, Solidarität und gegenseitiger Unterstützung“ auf. Aber „das alles wird in unserem Land heute als etwas Schlechtes betrachtet“.

Lukaschenka kritisierte auch die Beschäftigung [ausländischer Priester in der katholischen Kirche](#) in Belarus. Es seien viele Gemeinden aufgebaut worden, während es nicht genügend Geistliche gebe. Aber anders als die BOK, die von diesem Problem ebenfalls betroffen sei, hole die katholische Kirche diese „aus dem Ausland, aus uns fremden Ländern“. Daher sei es notwendig, „intensiver eigene katholische Geistliche auszubilden“. Die katholische Kirche betreibt in Belarus fünf höhere Bildungseinrichtungen und hat vor fünf Jahren offiziell eine theologische Akademie in Minsk registriert. Doch es ist ihr bisher nicht gelungen, in Minsk ein Grundstück und eine Baubewilligung zu erhalten. Zudem erhalten die katholischen Schulen keine finanzielle Unterstützung vom Staat, während die geistlichen Bildungseinrichtungen der BOK unterstützt werden. Von den 500 katholischen Priestern in Belarus kommen rund 80 aus dem Ausland, zumeist aus Polen.

In einem [Aufruf an Metropolit Veniamin kritisierte](#) unterdessen die [Gruppe „Christliche Vision“ des Koordinierungsrats](#) die Haltung der BOK und des Exarchen. Sie forderte die Kirche auf, sich „unverzüglich und unmittelbar“ an der Beendigung illegaler Handlungen gegen die belarussische Bevölkerung zu beteiligen. Schon seit Monaten kämpften die Belarussen friedlich gegen „Lüge und Gewalt“ und versuchten, eine „neue Gesellschaft, die auf moralischen Werten aufgebaut ist, zu schaffen“. Warum „hat sich in dieser schrecklichen und verantwortungsvollen Zeit die Kirche vom Volk getrennt?“ Die Gruppe wirft der BOK vor, sich „nur dann von der Politik zu lösen, wenn es ihr nützt“. Sie warf zudem die Frage auf, wie die Kirche ihre „Untätigkeit“ erklären werde, wenn die Protestbewegung erfolgreich ist. Sie forderte von der BOK die „Mitwirkung bei der unverzüglichen Beendigung der Gewalt, Folter und Verfolgung friedlicher Bürger durch den Staat, sowie der Befreiung aller illegal Verhafteten und Gefangenen“. Das sei keine Politik, sondern ein Leben entsprechend dem Evangelium. (NÖK)

Statement der Gruppe „Christliche Vision“ des Koordinierungsrats für Belarus

17. September 2020. Hintergrund



[Die Arbeitsgruppe „Christliche Vision“ des Koordinierungsrats ist eine informelle, interkonfessionelle Gruppe einiger Mitglieder des Koordinierungsrats.](#) Sie wurde am 9. September eingerichtet, um die gemeinsamen Aktivitäten von Christen zur Erreichung des Hauptziels des Rats zu koordinieren: die politische Krise zu lösen und in der Gesellschaft einen Konsens auf der Grundlage der Verfassung zu erreichen. Es ist notwendig, Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie im Land wiederherzustellen. Dies erfordert Respekt für grundlegende Menschenrechte und Freiheiten sowie die Würde aller.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es daher nötig:

1. Unverzüglich die Gewalt und politische Verfolgung durch die Behörden zu beenden. Eine Untersuchung der Gewalttaten und politischen Verfolgung in Übereinstimmung mit dem Gesetz durchzuführen.
2. Alle politischen Gefangenen freizulassen, die Aufhebung der illegalen gerichtlichen Anordnungen sicherzustellen und allen Opfern illegaler Verfolgung Kompensationszahlungen zur Verfügung zu stellen.

3. Die Wahlen vom 9. August 2020 für nichtig zu erklären und eine neue Wahl entsprechend internationalen Standards durchzuführen. Für alle Wahlkommissionen, auch die Zentrale Wahlkommission, sollten neue Mitglieder bestimmt werden.

Außerdem möchte die Arbeitsgruppe „Christliche Vision“ des Koordinierungsrats auf die zahlreichen Verletzungen des verfassungsmäßigen Rechts der Bürger auf Religions- und Glaubensfreiheit sowie auf die politisch motivierte Verfolgung von religiösen Anführern und Organisationen aufmerksam machen.

Inbesondere bemerken wir:

- direkten Druck von Regierungsstellen auf Priester und Angestellte von religiösen Organisationen der Belarussischen Orthodoxen Kirche, die in den sozialen Netzwerken das Bild „Orthodoxe sind gegen Fälschungen, Erniedrigung und Druck auf Individuen“ veröffentlichen sowie Statements und Posts zur Unterstützung von Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, dem die Rückkehr in sein eigenes Land, Belarus, verwehrt wird;
- indirekten Druck von Regierungsstellen, der durch die Kirchenleitung auf Priester und Angestellte von religiösen Organisationen der Belarussischen Orthodoxen Kirche ausgeübt wird, weil diese in den sozialen Netzwerken das Bild „Orthodoxe sind gegen Fälschungen, Erniedrigung und Druck auf Individuen“ veröffentlicht haben und andere Statements, mit denen sie sich gegen die Fälschung der Präsidentschaftswahl, Gewalt gegen Bürger durch Sicherheitskräfte und Verletzungen von Menschenrechten und Freiheiten stellen;
- dass die Regierung Hindernisse für Geistliche schafft, die ihre religiösen Aktivitäten fortsetzen. So wurde dem katholischen Priester Jerzy Wilk am 4. September die staatliche Zulassung für religiöse Aktivitäten in seiner Gemeinde (Hl. Michael der Erzengel im Dorf Varapaeva, Distrikt Pastavy, Region Vitebsk) entzogen;
- dass die Regierung Hindernisse für die Aktivitäten religiöser Gemeinschaften schafft. Beispielsweise die Blockade der Türen der katholischen Kirche der Hl. Simon und Helena (als Rote Kirche bekannt) durch die Polizei am 26. August. Am 31. August wurden die Schlösser dieser Kirche von den Behörden ohne Erlaubnis der Gemeinde ausgewechselt;
- ein illegales Einreiseverbot für Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, einen belarussischen Bürger und Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche in Belarus, am 31. August. Dies verletzt Belarus' internationale Verpflichtungen (Internationales Abkommen über Bürger- und politische Rechte, Art. 12 „Bewegungsfreiheit“), die Verfassung (Art. 30 „Bürger [...] sollen das Recht haben [...] es [Belarus] ohne Behinderung zu verlassen und zurückzukehren“) und das Gesetz der Republik Belarus Nr. 49-3 vom 20. September 2009 („Über das Prozedere der Aus- und Einreise in die Republik von Belarus durch Bürger der Republik Belarus“, Art. 3). Dieses Verbot ist auch ein Akt der Unterdrückung sowohl gegen ein religiöses Oberhaupt als Individuum als auch gegen eine religiöse Gemeinschaft als Ganzes.

Die Arbeitsgruppe „Christliche Vision“ des Koordinierungsrats drückt ihre Solidarität mit allen Opfern politischer Verfolgung in unserem Land aus. Wir appellieren an die Behörden, sofort die Gewalt zu beenden und einen Dialog mit der Zivilgesellschaft zu beginnen. Wir sind zuversichtlich, dass die Kirchen einen positiven Beitrag zur Überwindung der Krise unseres Landes leisten und einen Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und den Behörden befördern können.

Die Gruppe „Christliche Vision“ wird alle Fälle von politischer Verfolgung in Bezug auf unzulässige Einschränkungen der Religions- und Glaubensfreiheit überwachen. Die Gruppe wird auch die internationale Gemeinschaft über solche Fälle informieren.

Wir bitten die internationale christliche Gemeinschaft und die Kirchen, ebenfalls ihre

Solidarität mit dem belarussischen Volk auszudrücken.

11. September 2020

(Quelle: www.baznica.info, 11. September 2020)

Bild: Homoatrox (Wikimedia Commons)

Katholischer Erzbischof darf weiterhin nicht einreisen

17. September 2020.

Der Pass des katholischen Erzbischofs von Minsk, Tadeusz Kondrusiewicz, ist für ungültig erklärt worden. Kondrusiewicz war am [31. August die Einreise nach Belarus](#) aus Polen, wo er sich einige Tage beruflich aufgehalten hatte, ohne Angabe von Gründen verweigert worden. Laut belarussischem Gesetz darf einem Staatsbürger die Einreise ins Land nicht verwehrt werden. Nun erklärte die zuständige Behörde des Innenministeriums, der [Pass sei ungültig](#), da die Staatszugehörigkeit des Erzbischofs zurzeit überprüft werde.

Die Überprüfung seiner Staatszugehörigkeit hat laut der Behörde bereits vor seiner Abreise nach Polen begonnen, das Zusammenfallen mit der Reise sei ein Zufall. Kondrusiewicz betonte in Interviews erneut, dass er nur einen Pass – den belarussischen – habe. Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenka hatte angedeutet, der Erzbischof habe mehrere Staatsbürgerschaften.

In Minsk fand bei der katholischen Dreifaltigkeitskirche am 11. September eine [Kreuzprozession gegen die „Verfolgung der katholischen Kirche“](#) statt. Initiiert wurde die Aktion von Gläubigen der Gemeinde und ihrem Vorsteher Jurij Sanko, den Gottesdienst leitete Weihbischof Juryj Kasabuzki. Unter den Teilnehmern waren nicht nur Katholiken aller Gemeinden der Hauptstadt, sondern auch Gläubige anderer Religionsgemeinschaften, die so ihre Solidarität und Unterstützung zeigten. Kasabuzki bedankte sich für die Anteilnahme und bezeichnete die verhinderte Rückkehr Kondrusiewicz nach Belarus als „Schlag für die ganze katholische Gemeinschaft unseres Landes, die nun ohne Hirten geblieben ist“. Die Kreuzprozession sei der „Freiheit der katholischen Kirche in Belarus“ gewidmet, der „Rückkehr des Metropoliten, der Errichtung von Gerechtigkeit sowie dem Guten und dem Frieden in unserem Land“, sagte Kasabuzki weiter.

Unterstützung erhielt Kondrusiewicz auch aus dem Vatikan. [Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin](#) erklärte, der Vatikan bestehe darauf, dass der Bischof in seine Diözese zurückkehren und seine Arbeit weiterführen könne. In diesem Zusammenhang sei auch der Besuch von Erzbischof Paul Richard Gallagher, dem vatikanischen Außenbeauftragten, in Minsk zu sehen. Gallagher [traf dort den belarussischen Außenminister](#) Vladimir Makej, um unter anderem die Beziehungen zwischen Belarus und dem Vatikan in der aktuellen Situation und die Zusammenarbeit bei internationalen Organisationen zu besprechen. Laut dem belarussischen Außenministerium hat Makej die „historische Rolle der katholischen Kirche bei der Entstehung und Entwicklung des belarussischen Staats“ hervorgehoben. Zudem sei er überzeugt, dass der „konstruktive Dialog“ mit dem Vatikan eine Bedingung für die „Bewahrung von interkonfessionellem Frieden und Einigkeit ist“. Auch Parolin wies darauf hin, dass die katholische Kirche immer ein „Faktor des Dialogs, der Einigung und des Friedens“ sein müsse.

Bei der Begegnung mit Gallagher hat die Regierung erneut Papst Franziskus eingeladen, Belarus zu besuchen. Parolin erklärte, dass die Coronavirus-Epidemie momentan alles blockiere. Aber er glaube, dass dies ein Besuch sei, über den der Papst nachdenke. (mit Material von [Kathpress](#)) (NÖK)

Position der Kirchen in Belarus vor den Wahlen

04. September 2020. Hintergrund



Was heute in Belarus im Nachgang der Präsidentschaftswahl geschieht, und die Reaktion der Kirchen darauf zu beschreiben, ist sehr schwierig. Noch unlängst hat das Regime durch eine hierarchische Organisation der Gesellschaft alle gesellschaftlichen Bereiche kontrolliert, jetzt hat es jedoch völlig die Kontrolle verloren. Ich beschäftige mich seit mehreren Jahren mit der belarussischen religiösen Landschaft sowie dem politischen und gesellschaftlichen Engagement der Kirchen und beobachte nun, wie schnell sich alle bekannten Strukturen und Trends der letzten 20 Jahre verändern. Wie andere belarussische und ausländische Experten ging auch

ich davon aus, dass in der Präsidentschaftswahlkampagne nichts Interessantes passieren werde. Noch im Frühling prophezeiten alle Belarus-Spezialisten, dass die Kampagne im Sommer die langweiligste seit jeher werde. Begründet wurde dies mit dem Fehlen populärer politischer Anführer, der Krise der traditionellen Oppositionsparteien, der Erfahrung der letzten erfolglosen Proteste, die mit Repressionen des Regimes gegen die Gesellschaft und Sanktionen gegen das belarussische Regime endeten, die wiederum den Lebensstandard verschlechterten. Die Erinnerung an die tragischen Ereignisse in der Ukraine 2014, die zum Tod zahlreicher Menschen auf dem Majdan, dem Verlust der territorialen Unversehrtheit und zur Einmischung Russlands in den Krieg in der Ostukraine führten, senkten sogar bei der Opposition die Motivation für Proteste.

Pandemie annulliert Gesellschaftsvertrag

Mit dem Ausbruch der Coronavirus-Epidemie schien es zu einem noch größeren Erlöschen des gesellschaftlichen und politischen Lebens zu kommen. Aber gerade die Epidemie und die Strategie des Covid-Dissidententums, die das Regime „zur Rettung der Wirtschaft“ wählte, annullierte abrupt den unausgesprochenen Gesellschaftsvertrag, der zwischen dem Regime und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bestand. Diesen Vertrag könnte man so formulieren: „Der Staat gewährleistet Frieden und politische Stabilität und das rechtfertigt die Begrenzung bürgerlicher Freiheiten.“¹ Dies stellt die Loyalität der Gesellschaft gegenüber dem Regime sicher.

Obwohl die belarussische Gesellschaft laut soziologischen Forschungen eine der am wenigsten religiösen in Europa ist, genoss die Kirche als gesellschaftliche Institution ein großes Vertrauen in der Bevölkerung: mit rund 65 Prozent bei Umfragen nahm sie einen der ersten Plätze ein.² In vielerlei Hinsicht war dieses Vertrauen eher nominal und nicht mit der Teilnahme der Kirche am politischen Prozess verbunden. Seit 2002 ist die orthodoxe Kirche in eine institutionelle Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen eingebunden, die „Partnerschaft“ genannt wird, aber in einem bedeutenden Ausmaß asymmetrisch ist: mit einem „starken“ Staat und einer „schwachen“ Kirche. Obwohl die orthodoxe Kirche im Vergleich zu anderen Konfessionen vom Regime bestimmte Privilegien erhielt, wurde sie auch in ihren Rechten und der selbstständigen Teilnahme an der öffentlichen Sphäre eingeschränkt.³ Während der 2000er Jahre gab es eine gewisse Spannung zwischen dem Staat und den anderen Konfessionen (Protestanten und Katholiken), doch in den 2010er Jahren stabilisierte sich die Situation in der religiösen Sphäre. Die Kontrolle des Staates wurde durch bürokratische Maßnahmen ausgeübt, es kam zu einer gewissen „Erstarrung“ des religiösen Lebens, da alle religiösen Organisationen Loyalität gegenüber Regime bewahrten.⁴

Die Covid-19-Pandemie hat sich auch auf die Kirchen ausgewirkt. Laut vertraulichen Angaben des Instituts für Soziologie der Akademie der Wissenschaften für 2019 zeigen die Zahlen zum Vertrauen gegenüber der Kirche einen anormalen Wert: 45,6 Prozent.⁵ Andere staatliche und gesellschaftliche Institutionen erhielten noch tiefere Werte. Eine solche Situation kann als Vertrauenskrise gegenüber hierarchischen und mit dem Staat verbundenen Institutionen, darunter auch die orthodoxe Kirche, charakterisiert werden.

„Ein Katholik fälscht nicht“

Während der Wahlkampagne, die von Anfang an von Repressionen gegen alternative Kandidaten geprägt war, trat eine kleine Gruppe der katholischen Jugend (ihr informeller Anführer ist Artjom Tkatschuk) mit der Initiative „Ein Katholik fälscht nicht“ auf. Dazu gehörte eine Unterschriftensammlung für einen Appell an die Hierarchen, sich zur Situation der Gesetzlosigkeit, zur Missachtung der Menschenrechte und zum Machtmissbrauch zu äußern.

In die Arbeit der Bezirkskommissionen, in die Pyramide der Wahlfälschung, sind im ganzen Land zehntausende normale Menschen verstrickt, vor allem Lehrer und Mitarbeiter von Staatsunternehmen. Das funktioniert manchmal mit beruflich-administrativem Druck und/oder mit der Kompensation durch Güter – Prämien und freie Tage. Normalerweise nehmen viele an Wahlfälschungen Beteiligte dies als Erfüllung ihrer beruflichen und staatlichen Pflicht wahr, deshalb wird es selten als unmoralisch oder gar sündhaftes Handeln betrachtet. Die Kampagne der jungen Katholiken richtete sich genau an diese Kategorie unbewusst Beteiligter der Wahlkommissionen, unter denen nicht wenige Katholiken sind, um die Wichtigkeit auch für das religiöse Leben und die Folgen eines solchen Betrugs hervorzuheben. Sie drängten darauf, entweder die Teilnahme an der Wahlkommission oder die unmittelbare Teilnahme an Fälschungen zu verweigern, bzw. sogar die Motivation zu finden, auf Grundlage ihres Glaubens aktiv auf Ehrlichkeit und Offenheit bei der Organisation des Wahlprozesses zu bestehen. Es gelang dieser Initiative sowohl bei der demokratisch gesinnten Gesellschaft Aufmerksamkeit zu erregen, als auch bei vielen Geistlichen, die in Predigten, sozialen Netzwerken und Auftritten in den Medien die Unzulässigkeit einer Teilnahme an Wahlfälschungen aufgriffen. Durch die Initiative einer kleinen Gruppe, die von den aktiven Gläubigen positiv aufgenommen wurde und der sich die Geistlichen mit heimlicher Unterstützung der Hierarchie anschlossen, hat die katholische Kirche einen wichtigen Schritt zur Solidarisierung mit der demokratischen Gesellschaft und zur Erhebung ihrer Stimme in der Öffentlichkeit gemacht.

Loyale orthodoxe Hierarchie

Im orthodoxen Bereich gab es keine analoge Kampagne. Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens ist für die offizielle orthodoxe Kirche die Frage von ehrlichen Wahlen, Bürgerrechten und -freiheiten und einer demokratischen Staatsführung nicht so aktuell, als dass sie die Hierarchen zu öffentlichen Auftritten motivieren würde, sondern sie wird eher als „Einmischung in die Politik“ betrachtet, was ein unnötiges Risiko darstellt. Die orthodoxe Kirche hat sich im Rahmen des autoritären Regimes komfortabel eingerichtet, da sie eine Reihe symbolischer und ökonomischer Privilegien genießt. Wie der orthodoxe Geistliche Aleksandr Schramko bemerkt, „befindet sich der Episkopat der orthodoxen Kirche insgesamt in besonderen – servilen – Beziehungen zur Staatsmacht und bemüht sich, es ihr möglichst recht zu machen und gelegentlich sogar zu dienen. Dabei unterscheidet sich das Leben der Hierarchen sehr vom gewöhnlichen Alltagsleben des Volks, und deshalb können sie sich schwer vorstellen, wovon dieses Volk lebt.“⁶

Die Anwesenheit der Hierarchen beschränkte sich in der Vorwahlzeit darauf, mit ihrer Anwesenheit die zentrale Vorwahlaktion Lukaschenkas – die Ansprache des amtierenden Präsidenten ans Parlament und Volk – zu schmücken. Nur einer blieb fern: Erzbischof Artemij (Kischtschenko) von Hrodna und Volkovysk, der seit zwei Jahrzehnten eine ziemlich offene und kompromisslose Position im Verhältnis zum Staat einnimmt. Von den hochrangigen Geistlichen haben sich zwei mit Propaganda zur Unterstützung von

Lukaschenka hervorgerufen: Erzpriester Fjodor Povnyj in der Fernsehsendung „Sonntagspredigt“ und Erzpriester Andrej Lemeschonok, der Vorsteher des Klosters der Hl. Elisaveta, der mit dem Präsidenten auf der Covid-Dissidenten-Welle ritt und diesen dafür lobte, dass er die Kirchen an Ostern nicht geschlossen habe und am 9. Mai die Siegesparade durchführen ließ.

Zweitens hat die Hierarchie das Vertrauen der aktiven Geistlichen und Laien verloren, die eine bestimmte Strategie einer öffentlichen Theologie formuliert und in den vergangenen Jahren versucht haben, die Bischöfe – die als einzige bevollmächtigt sind, im Namen der ganzen Kirche zu sprechen – zu bestimmten Schritten in der Öffentlichkeit zu motivieren. Normalerweise lief das so ab: Es taucht ein gesellschaftliches Problem auf und die aktiven Gläubigen mobilisieren sich, um die Aufmerksamkeit der Hierarchie auf dieses Problem zu lenken und sie zu Handlungen und Äußerungen anzuregen. Es wurden Petitionen organisiert, die Menschen, die in der Kirche dienen oder eine theologische Ausbildung haben, unterschrieben und es wurden Informationen zur Verfügung gestellt. Das war ein Versuch, Handlungsmacht zu schaffen und der Hierarchie zu zeigen, dass eine bedeutende Zahl orthodoxer Gläubiger bestimmte Werte und Meinungen hat und von der Hierarchie Schritte erwartet. Doch von der Hierarchie wurden die Petitionen faktisch ignoriert. Die letzte große Petition war an Metropolit Pavel (Ponomarjov), bis vor kurzem Vorsteher der Belarussischen Orthodoxen Kirche, gerichtet, anlässlich der behördlichen [Entfernung der Kreuze an der Gedenkstätte Kurapaty](#), wo Massengräber des stalinistischen Terrors liegen. Die Hierarchen, die sich sonst so kühn zu Verfolgungen des christlichen Kreuzes in Westeuropa äußern, sagten im Fall der brutalen Entfernung der Kreuze in Kurapaty so gut wie gar nichts.

Für die orthodoxe Gesellschaft ist das einerseits demoralisierend und frustrierend und lässt sie die Hoffnung verlieren, dass von der Hierarchie irgendeine adäquate öffentliche Reaktion erwartet werden kann. Andererseits ist das Vertrauen der Behörden in die orthodoxe Hierarchie und die Gewissheit über deren Loyalität gewachsen. Für die Hierarchie ist jegliche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, die mit Kritik am autoritären Regime verbunden ist, höchst unerwünscht, wenn sie von als „orthodox“ konnotierten Menschen – Priestern, Studierenden geistlicher und theologischer Hochschulen und Mitarbeitern kirchlicher Strukturen – ausgeht. In einem solchen Fall distanziert sich die Hierarchie mit verschiedenen Mitteln von deren Handlungen oder von den Personen selbst, um ihre Loyalität gegenüber dem Regime zu bestätigen. So wurde im Sommer 2020 der Leiter der Sozialabteilung und des Pilgerdienstes der Eparchie Bobrujsk, Artemij Kuschner, entlassen. Kuschner hatte sich zuvor der Initiative „Ehrliche Menschen“ angeschlossen, die zur Wahlbeobachtung gegründet worden war. Er registrierte sich als unabhängiger Beobachter und platzierte in den Stories seines Instagram-Profiles ein Foto vor einem Wahlbezirk mit einem weißen Band in der Hand und der Flagge des Stabs von Svetlana Tichanovskaja.⁷

Auf diese Weise wurde jegliche Teilnahme von Geistlichen und Laien an demokratischen Initiativen nicht nur nicht gefördert, sondern konnte zu Repressionen durch die kirchliche Linie führen. Deshalb äußerten sich Geistliche und Laien (Mitarbeiter kirchlicher Organisationen), sogar wenn sie sich an Initiativen beteiligten, öffentlich kaum dazu und nahmen als Privatpersonen daran teil, ohne ihre Zugehörigkeit zur orthodoxen Gemeinschaft zu zeigen. Im Gegensatz zur katholischen Initiative „Ein Katholik fälscht nicht“, die von der demokratischen Gesellschaft als moralische Handlung und Ausdruck des Muts der katholischen Kirche in der Öffentlichkeit anerkannt wurde, zeigte sich die offizielle orthodoxe Kirche eher loyal dem Regime gegenüber, ohne eigene Stimme und nicht fähig, diese Stimme zum Schutz der Gerechtigkeit zu erheben.

Anmerkungen

1) Silitski, Vital: From Social Contract to Social Dialogue: Some Observations on the Nature and Dynamics of Social Contracting in Modern Belarus. In: Haiduk, Kiryl; Rakova, Elena; Silitski, Vital (eds.): Social Contracts in Contemporary Belarus. Minsk 2009, S.

160.

2) NISEPI: Dezember 2002: 65,7 Prozent; Juni 2004: 66,9 Prozent; Mai 2005: 68,1 Prozent (<http://www.iiseps.org/?p=1800&lang=en>); Dezember 2013: 63 Prozent; 2012: 63,2 Prozent (In: Babosov, Evgenij: Čelovek v social'nyh sistemah. Minsk 2013, S. 260).

3) Vgl. Vasilevich, Natallia: Unequal by Default: Church and State in Belarus in the Period of Consolidated Authoritarianism. In: Civil Society in Belarus, 2000–2015. Collection of texts. Warschau 2015, S. 97-127.

4) Vasilevich, Natallia: The Religious Sphere in Belarus: Stability and Controllability. Belarussian Yearbook 2018: <https://nmnby.eu/yearbook/2018/en/page17.html>.

5) <https://www.facebook.com/burbalka/posts/10158741414739669>.

6) <https://theins.ru/obshestvo/234292>.

7) <https://bohr.by/news/religion/172311>.

Natallia Vasilevich, Direktorin des kulturellen Bildungszentrums *Ecumena* in Minsk, Doktorandin an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Mitglied des Koordinierungsrats der Oppositionskandidatin Svetlana Tichanovskaja.

Übersetzung aus dem Russischen: Natalija Zenger.

Neuer Metropolit von Minsk ernannt

03. September 2020.

Überraschend ist das bisherige Oberhaupt der Belarussischen Orthodoxen Kirche (BOK), Metropolit Pavel (Ponomarjov) von Minsk, abgelöst worden. Der Exarch der dem Moskauer Patriarchat unterstehenden Kirche hatte an der Sitzung des Hl. Synods der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) darum gebeten, von seinem Posten entbunden zu werden. [Zum neuen Exarchen und Metropoliten von Minsk wurde Veniamin \(Tupeko\) ernannt](#), bisher Bischof von Borisov und Marinogorsk. Pavel wird zukünftig als Metropolit von Jekaterinodar und Kuban dienen. Sein Amtsvorgänger war Anfang August an den Folgen einer Covid-19-Infektion gestorben.

An der Sitzung des Hl. Synods vom 25. August, dem Pavel als Exarch von Belarus auch angehörte, schilderte er die aktuelle Situation in Belarus und die „friedensstiftende Position“ seiner Kirche. Er wies darauf hin, dass viele Bischöfe und Geistliche – angesichts der [massiven Proteste gegen das vermutlich gefälschte Ergebnis der Präsidentenwahl](#) vom 9. August und das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten – beide Seiten zu einem Ende der Gewalt aufriefen. Zudem hätten sie Verletzte in Krankenhäusern besucht und ihnen geistliche Hilfe geleistet. Der Hl. Synod erklärte seine Sorge und sprach der BOK und ihren offiziellen Statements seine Unterstützung aus. Es sei wichtig, dass die belarussischen Behörden „alle Fälle von Gewaltanwendung sowohl gegenüber Bürgern als auch gegenüber Mitarbeitern der Sicherheitskräfte sorgfältig“ untersuchten.

Der neue Metropolit Veniamin ist [der erste Belarusse, der die BOK leitet](#). Laut Aleksandr Schtschipkov, dem stellv. Vorsitzenden der Synodalabteilung für die Zusammenarbeit der ROK mit der Gesellschaft und den Medien, ist Veniamin für seinen wahrhaft mönchischen Lebenswandel hoch angesehen und sehr gebildet. Zudem verfüge er über ein strikt kanonisches Kirchenbewusstsein und sei ein klarer Gegner autokephaler Strömungen. In seinem [ersten Hirtenbrief erklärte der neue Metropolit](#), es sei nötig, „Frieden in unser Land und in unsere Herzen zurückzubringen“. Er rief alle Christen auf, die Marienfastenzeit streng zu befolgen und um drei Tage zu verlängern. Zudem sei es wichtig, Sünden zu bereuen. Die Gesellschaft brauche einen Wandel des Geistes und der Herzen „vom Bösen zum Guten, von der Lüge zur Wahrheit, von der Trennung zur

Einheit, von der Verurteilung zum Verständnis“.

Am 21. August [erklärte die Synodalabteilung für die Zusammenarbeit der Kirche mit der Gesellschaft](#) der BOK in einem Statement, dass alle Aussagen einzelner Vertreter der BOK zu den aktuellen Ereignissen ausschließlich als Ausdruck ihrer persönlichen Meinung zu verstehen seien. Die Geistlichen erinnerte sie daran, dass sie nicht am politischen Leben teilnehmen dürfen. Die Kirche betrachte es als mit ihrer Mission unvereinbar, zur „Teilnahme oder Nichtteilnahme an politischen Aktionen“ aufzurufen, verurteile aber „entschieden alle Formen der Gewalt und der Anheizung von Hass und Intoleranz gegen wen auch immer“. Sie hoffe, dass alle Fälle von Gewalt untersucht würden. Am 30. August fanden zudem [in allen orthodoxen Kirchen und Klöstern in Belarus Fürbittgottesdienste](#) statt. (NÖK)

Katholischer Erzbischof an Einreise gehindert

03. September 2020.

Dem Oberhaupt der katholischen Kirche in Belarus, Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz von Minsk, ist die [Einreise nach Belarus verweigert worden](#), nachdem er sich zu einem Arbeitsbesuch einige Tage in Polen aufgehalten hatte. Am Grenzübergang bei Kuźnica hatten ihn belarussische Grenzbeamte ohne Angabe von Gründen nach Polen zurückgeschickt. Seine Mitreisenden hatten weiterreisen dürfen, während er sich nun in einer Gemeinde in der Nähe von Białystok in Polen aufhält.

Gegenüber dem belarussischen [Nachrichtenportal tut.by erklärte Kondrusiewicz](#), er habe keinerlei Begründung für die verweigerte Einreise erhalten, und die Behörden hätten auf seine Nachfragen nicht reagiert. Laut Gesetz darf keinem belarussischen Bürger die Einreise ins Land verwehrt werden. Dem Erzbischof ist jedoch nicht bekannt, dass es Bestrebungen gebe, ihm die Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Er besitze auch keine zweite Staatsangehörigkeit. Über die Gründe wollte er nicht rätseln, er zeigte sich lediglich enttäuscht über die Behandlung angesichts seiner Leistungen für sein Heimatland.

Der belarussische [Präsident Alexander Lukaschenka](#) jedoch sagte, es bestehe der Verdacht, auf eine mehrfache Staatsbürgerschaft Kondrusiewiczz. Außerdem sei er „unerwartet“ zu Konsultationen nach Warschau gereist und habe dort „bestimmte Aufgaben erhalten“. Deshalb sei er auf eine Liste von Personen geraten, die nicht einreisen dürften. Sollte sich alles als legal herausstellen, werde auch Belarus sich entsprechend der Gesetze verhalten.

Seit Beginn der Proteste gegen die manipulierten Präsidentschaftswahlen in Belarus vom 9. August hat sich der katholische Erzbischof mehrfach kritisch geäußert. Schon am 15. August hatte er die Staatsmacht aufgerufen, die Gewalt gegen die Demonstrierenden zu beenden und alle Verhafteten freizulassen. In einem Hirtenbrief [beklagte der Erzbischof außerdem die zunehmende gesellschaftliche Spaltung](#) und warnte vor der schwierigen Wirtschaftslage und der drohenden internationalen Isolation des Landes. Sogar die Angst vor einem Bürgerkrieg nehme zu, was bis vor einigen Monaten noch undenkbar gewesen wäre. Als Gegenmittel sei zunächst die Aufnahme eines Dialogs nötig. Die Krise betrachtet Kondrusiewicz als „unvermeidbare Folge der Sünde der Gesetzlosigkeit“.

Scharf kritisierte er auch die Blockade der katholischen Kirche des Hl. Simeon und der Hl. Helena am 26. August in Minsk. Dabei hatten Spezialkräfte der Polizei Gläubige und Demonstranten, die sich in die Kirche geflüchtet hatten, daran gehindert, die Kirche zu verlassen, aber auch keine Gläubigen mehr hereingelassen. In seiner Mitteilung protestierte Kondrusiewicz „entschieden gegen die illegalen Handlungen der

Sicherheitskräfte“, die eigentlich die Rechte der Bürger zu schützen hätten, darunter auch das Recht auf Religionsfreiheit, und nicht die Ausübung dieser Rechte behindern sollten. Lukaschenka behauptete, dass [keine Kirchen geschlossen worden seien](#), obwohl sie eine „anti-lukaschenka, antistaatliche Propaganda“ betrieben hätten. Im Gegenteil versuche der Staat sie zu unterstützen und zu schützen und werde sie auch weiterhin offenlassen. Dass Sondereinheiten eine Kirche blockiert haben, bezeichnete er als „Fake“, sie hätten die Kirche vor den Demonstranten geschützt.

Gegen die Blockierung der Kirche in Minsk [protestierten auch weitere Bischöfe der katholischen Kirche](#) in Belarus. Jurij Sanko, [Sekretär von Erzbischof Kondrusiewicz](#) und Vorsteher der Minsker Dreifaltigkeitskirche, beklagte gegenüber dem Nachrichtenportal *meduza.io*, dass auf die betreffende Kirche weiterhin Druck ausgeübt werde, auch am nächsten Tag sei der Zugang durch Sondereinheiten behindert worden. Dabei beschäftige sich die Kirche nicht mit Politik und wähle keine Seite. Wenn aber die Gemeindemitglieder von Übergriffen berichteten, könne ein Geistlicher das nicht ignorieren. Deshalb nehme er mit den Gläubigen an friedlichen Aktionen teil. Die Aufgabe der Kirche sei es, zu beten, die Wahrheit zu schützen und nie das Volk im Stich zu lassen. Er forderte eine Aufklärung der Ereignisse und Strafen für die Täter. Zudem betonte er, dass die protestierenden Bürger und ihre Forderungen angehört und das Gespräch mit ihnen gesucht werden müssen. In dieser Angelegenheit herrscht laut Senko in der ganzen katholischen Kirche in Belarus Einigkeit. (NÖK)

Kirchen rufen zu Ende der Gewalt auf

20. August 2020.

Angesichts der anhaltenden Massenproteste in Belarus hat der Hl. Synod der Weißrussischen Orthodoxen Kirche (WOK) am 15. August [in einem Statement](#) zu einem Ende der Gewalt aufgerufen. Er warnte vor „unumkehrbaren zerstörerischen Folgen“, wenn nicht „alle zusammen die Konfrontation stoppen“. Die Regierung des Landes rief er auf, die Gewalt zu beenden und die „Stimmen der unschuldig Verletzten“ zu hören sowie die Täter vor Gericht zu bringen. Zugleich forderte er „Provokateure und Hintermänner“ auf, die auf die „Destabilisierung unseres Landes und Spaltung unseres Volks gerichteten Provokationen“ zu beenden. Zudem betonte die WOK, immer an der Seite des Volks zu stehen und nichts mit Politik zu tun zu haben.

Schon zuvor hatte sich Metropolit Pavel (Ponomarjov) von Minsk, das Oberhaupt der dem Moskauer Patriarchat unterstehenden WOK, zu den Protesten geäußert, die vom manipulierten Wahlsieg des Dauerpräsidenten Alexander Lukaschenka bei den Präsidentschaftswahlen vom 9. August ausgelöst worden waren. Dabei hatte er zu Frieden und Dialog aufgerufen und Eltern gebeten, ihre Kinder vom Protest abzuhalten. Zudem [forderte er vermeintliche ausländische Akteure auf](#), nicht Hass und Feindschaft in Belarus zu schüren und das Land zu verlassen. Damit griff er ein beliebtes Argument Lukaschenkas auf, nämlich dass die Proteste von ausländischen Kräften gesteuert seien. Am 10. August hatte Metropolit Pavel bereits [Lukaschenka offiziell „herzlich“ zum Wahlsieg gratuliert](#). Später hieß es, er habe die [Gratulation zurückgezogen](#), was die WOK auf ihrer offiziellen Website [jedoch dementierte](#). In einer Ansprache [wandte sich Pavel jedoch direkt an Lukaschenka](#) und rief ihn auf, alles Mögliche zu tun, um die Gewalt zu beenden.

Gleich zu Beginn der Proteste hatte sich das Oberhaupt der katholischen Kirche in Belarus, [Erzbischof Tadeusz Kondruiewicz](#), geäußert. Er rief die Behörden und die Protestierenden zum Dialog auf und forderte ein Ende der Gewalt. Am 13. August fand in Minsk eine ökumenische [Prozession von Christen unterschiedlicher Konfessionen](#), vor allem Katholiken und Protestanten, statt. Die WOK, der die große Mehrheit der

Belarussen angehört, beteiligte sich nicht. Diese hatte sich im Vorfeld [offiziell von der Prozession distanziert](#) und ihren Gläubigen erklärt, diese habe nichts mit ihren Aktivitäten zu tun. Ihre Position sei, zu Frieden aufzurufen und nicht die Situation anzuhetzen und zu irgendwelchen Aktionen anzustiften.

Einzelne Priester der WOK unterstützen jedoch die Proteste. So hat [Erzpriester Vladimir Drobyshevskij](#) in Gomel allein mit einem Schild mit der Aufschrift „Stoppt die Gewalt“ protestiert. [Erzpriester Georgij Roj](#) lässt in seiner Kirche stündlich die Glocken läuten, als Zeichen der Solidarität mit den Protestierenden. Zudem kritisierte er die Gratulation Pavels an Lukaschenka – diese sei zu einem Zeitpunkt erfolgt, als bereits Blut auf den Straßen vergossen wurde. Auch der [Vorsteher der zentralen Heilig-Geist-Kathedrale in Minsk](#), Archimandrit Aleksij (Schinkevitsch), ergriff in einer Predigt Partei für die Protestierenden. Er prangerte das grausame Vorgehen gegen die Demonstranten an und rief die Behörden auf, alle Verhafteten freizulassen. Schließlich betone die Kirche immer, dass sie zum Volk stehe, nicht, dass sie zur Macht stehe. Die anwesenden Gemeindeglieder unterstützten Archimandrit Aleksij mit Zurufen.

Kritisiert wurde auch der russische Patriarch Kirill, der [Lukaschenka ebenfalls gleich nach der Wahl gratuliert](#) hatte. Der [Moskauer Priester Fedor Ljudogovskij warf Kirill in einem offenen Brief vor](#), nur aufgrund der „politischen Konjunktur“ seine Rhetorik ein wenig geändert zu haben, indem er auf seine Gebete für Frieden in Belarus verweise. Er bat ihn darum, seine Nähe zum russischen Präsidenten Vladimir Putin zu nutzen und sich bei diesem dafür einzusetzen, dass keine russischen Sicherheitskräfte in Belarus eingesetzt werden. Er wies Kirill darauf hin, dass er nun die Chance habe, Mut zu zeigen und eine christliche Tat zu vollbringen, und rief ihn dazu auf, diese Chance zu nutzen, auch wenn dies sein beschädigtes Ansehen kaum retten werde.

Ganz anders äußerte sich [Metropolit Epifanij \(Dumenko\) von der Orthodoxen Kirche der Ukraine](#) (OKU). Er unterstützte die Proteste in Belarus und rief die Weißrussen auf, die „demokratische und unabhängige Zukunft ihres Landes zu schützen“. Er forderte ein sofortiges Ende der Gewalt und die Freilassung aller unschuldig Verhafteten. Zudem legte er den Weißrussen nahe, sich um die Gründung einer eigenen autokephalen orthodoxen Kirche zu bemühen. (NÖK)

Berichte den kirchlichen Positionen zu den Protesten in Belarus seit August 2020.

© Nachrichtendienst Östliche Kirchen NÖK